

Aufbruch an der Basis.
Zur Situation in der Ost-CDU vom Beginn der
Gorbatschowschen Reformpolitik bis zum
Sonderparteitag im Dezember 1989. Eine Dokumentation

Von Michael Richter

Um den Aufbruch an der Basis der CDU in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre angemessen bewerten zu können, ist ein Rückblick auf die wesentlichen Existenzbedingungen der Blockpartei im sozialistischen Staat geboten. Die Situation des „Bündnispartners“ der SED war vor allem durch zwei Faktoren bestimmt: zum einen durch ihre mit Zwang herbeigeführte und aufrechterhaltene Rolle als nachgeordnetes Transmissionsinstrument der SED sowie zum anderen durch ihren Doppelcharakter als Zielgruppe und Beeinflussungsinstrument in einem, der in der starken Polarität von Basis und SED-bestimmter Führung zum Ausdruck kam.¹

Hatte die CDU bis in die siebziger Jahre für die SED noch wichtige Aufgaben bei der Verstaatlichung privater und halbstaatlicher Betriebe erfüllt, reduzierte sich ihre Funktion seitdem vor allem auf die Beeinflussung der Kirchen und die ideologische Indoktrinierung sowie die Kontrolle der eigenen Mitglieder.

Von der SED gestellte Aufgabe war es, den „Differenzierungsprozess“ zwischen „reaktionären“ und „progressiven“ Kräften innerhalb der Kirchen zu unterstützen, alle „fortschrittlichen Christen“ in das sozialistische System zu integrieren und an die Politik der SED heranzuführen. Mit der ideologischen Floskel, der Sozialismus sei der „Humanismus der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“, wurde begründet, warum Christen im „real existierenden Sozialismus“ am wirksamsten mithelfen könnten, eine neue Gesellschaft aufzubauen. De facto trug die offizielle CDU über Jahrzehnte zur Zerstörung der volkskirchlichen Strukturen in der DDR bei. Sie war in ihrem Wirken kirchenfeindlich.

¹ Lothar de Maizière, seit 1956 CDU-Mitglied, schreibt dazu: „Es gab in der CDU wahrscheinlich die größte Diskrepanz aller Ostparteien zwischen ‚oben faul‘ und unten ‚christlich‘. Zit. in: Lothar de MAIZIÈRE, *Anwalt der Einheit. Ein Gespräch mit Christine de Mazières*, Berlin 1996, S. 59. Zur Rolle und Bedeutung der CDU in der DDR vgl. ausführlicher: Michael RICHTER, *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die CDU*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom DEUTSCHEN BUNDESTAG, Band II, 4, S. 2587–2638.

Innerhalb der Zielgruppe Christen konzentrierte sich die CDU dabei vor allem auf die eigenen Mitglieder, Amtsträger der Kirchen, Mitarbeiter aus dem Gesundheits- und Sozialwesen sowie aus Wirtschaft, Handwerk und Gewerbe. Die mit Abstand wichtigste Aufgabe der CDU war die ideologische Indoktrinierung und Kontrolle der eigenen Mitglieder. Da die CDU-Mitglieder die wichtigste Zielgruppe der CDU bei der Umsetzung der SED-Politik waren, beschäftigte sich die Partei im wesentlichen mit sich selbst.²

Die Aufgabe der CDU, ihre eigenen Mitglieder an die Politik der SED heranzuführen und sie in deren Sinne ideologisch zu indoktrinieren, wurde in den monatlichen Ortsgruppenversammlungen und Schulungsveranstaltungen des „Politischen Studiums“ umgesetzt. Hinzu kamen Veranstaltungen für parteilose Christen. Es gelang der CDU, zahlreiche Veranstaltungsreihen aufzubauen, an denen regelmäßig Vertreter der Amtskirche teilnahmen. Trotz erheblicher Vorbehalte seitens der Kirchen gab es eine Vielzahl direkter Kontakte. Alle Gliederungen der CDU von der Ortsgruppe bis zum Hauptvorstand waren verpflichtet, mindestens einmal im Jahr Veranstaltungen mit kirchlichen Amtsträgern durchzuführen. Auf zentraler Ebene waren dies vor allem die Tagungen des Präsidiums des Hauptvorstandes mit dem Titel „Tradition und Verpflichtung“, die Bezirksvorstände organisierten Veranstaltungen unter dem Thema „Bürgerpflicht und Christenpflicht“. Auch die CDU-Mitglieder erhielten den Auftrag, in kirchlichen Einrichtungen aller Art, in Gemeindekirchenräten, Kirchenvorständen und Pfarrgemeinderäten mitzuarbeiten und dort für die CDU bzw. die Staatspolitik zu werben. An der CDU-Basis war es üblich, zu den Jahreshauptversammlungen auch parteilose Christen, Pfarrer und Theologen einzuladen.

Aktiv war die CDU auch in den kommunistisch gelenkten Regionalgremien der „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK) und der „Berliner Konferenz europäischer Katholiken“ (BK). Allerdings ließen sich trotz intensiver Bemühungen kaum evangelische Geistliche zum Beitritt in die CDU bewegen. Katholischen Priestern war eine Mitgliedschaft ohnehin untersagt.

Auch in den „Arbeitsgruppen Christlicher Kreise“, die auf allen Ebenen der Nationalen Front bis zur Kreisebene existierten, versuchte die CDU parteilose Christen zu erreichen. Offizielle Aufgabe dieser Arbeitsgruppen war es, die Beschlüsse der Nationalen Front unter den Christen zu propagieren und auf deren Probleme und Fragen einzugehen.

Eine Interessenvertretung christlicher Belange war der CDU-Führung bereits seit der ersten Hälfte der fünfziger Jahre untersagt. Nachdem sich Otto Nuschke noch gelegentlich für kirchliche Interessen eingesetzt hatte, nahm die Parteileitung unter August Bach und Gerald Götting in allen Konflikten zwi-

² Vgl. Martin RISSMANN, *Die Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR*, in: *Historisch Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 3.

schen Staat und Kirche konsequent für die SED Position. Die CDU sollte nicht Vermittler zwischen Staat und Kirche sein, sondern gegenüber Christen die Positionen des Staates vertreten und den „Differenzierungsprozess“ vorantreiben.

Wie das gesamte System des „real existierenden Sozialismus“ waren die Blockparteien nur durch ständigen Druck in ihrem Zustand der Unterordnung unter die Ziele und Interessen der SED zu halten. Nicht umsonst erachtete es die SED als notwendig, die Blockparteien mittels spezieller Abteilungen im Partei- und Staatsapparat permanent zu kontrollieren und zu steuern. Jede Beschreibung von Rolle und Funktion der CDU, die die Tatsache des andauernden Zwanges außer acht lässt und innerhalb der Partei nicht zwischen dem in die CDU integrierten Repressionssystem der SED und der „Zielgruppe Mitglieder“ unterscheidet, wird dem Zustand der CDU nicht gerecht. Der von Götting ab 1950 etablierte Sekretärsapparat der CDU war seit seiner Entstehung integraler Bestandteil des Herrschaftsapparates der SED.³ Die offizielle CDU hatte mehr mit der SED als mit den meisten Mitgliedern der eigenen Partei zu tun. Die Führung der Blockpartei stand der SED-Führung und deren Auffassungen entschieden näher als selbst viele einfache SED-Mitglieder.

Wenn die CDU dennoch Mitglieder gewinnen konnte, dann in erster Linie deswegen, weil diese die Gemeinschaft der Zielgruppe suchten, die in der Blockpartei versammelt war und dort den relativen Vorteil hatte, in der Diktatur wenigstens auf spezifische, ihrer Lage und ihren Ansichten entsprechende Weise agitiert zu werden. Eine Beschreibung der CDU, die nur ihre Funktion im Rahmen der Herrschaftssicherung der SED benennt, wird ihrer Rolle in der DDR-Gesellschaft daher nicht gerecht. Für die Mitglieder erfüllte die CDU auch Funktionen, die mit ihrer offiziellen Aufgabe im SED-Staat wenig zu tun hatten.

Eine Bedeutung hatte die CDU für die Mitglieder vor allem wegen ihres Charakters als „Nischenpartei“, als eine der „Parteien des geschützten Rückzugs vor den Ansprüchen der SED“⁴. Diese politische Schutzfunktion war wichtiger als alle anderen Funktionen. Viele Mitglieder wollten das Leben vor Ort verbessern, ohne Mitglied der kommunistischen Partei werden zu müssen. In den Blockparteien hatten sie mehr Möglichkeiten, sich kommunalpolitisch

3 Zur inneren Struktur der CDU vgl. Markus KIEFER, *Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen der CDUD und deren Wirksamkeit von 1952 bis 1989*, in: Michael RICHTER/ Martin RISSMANN (Hg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 2), Weimar-Köln-Wien 1995, S. 139–158. Zur Kaderpolitik vgl. auch Martin RISSMANN, *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949–1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 27), Düsseldorf 1995.

4 Wolfgang MLECZKOWSKI, *Bewegung im Monolith. Das „sozialistische Mehrparteiensystem“ der DDR*, in: APuZG B 16 bis 17 (1984), S. 3.

zu betätigen. Die CDU-Versammlungen wurden oft als Treffen von Gleichgesinnten empfunden. In vielen Ortsverbänden herrschte eine freundschaftliche bis familiäre Atmosphäre. In der CDU konnten Handwerker, Selbständige und andere Personenkreise, die zum Teil materiell privilegierten Schichten angehörten, ganz offiziell ihre Kontakte pflegen und das Netz notwendiger Beziehungen ausbauen.

Oft suchten die Mitglieder auch nach Aufstiegschancen in weniger bedeutsame, aber dennoch für erstrebenswert gehaltene Funktionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Für Christen waren die Aussichten einer beruflichen Karriere besser, wenn sie sich für eine Mitgliedschaft in der CDU entschieden. Wer etwa als angehender Pädagoge Mitglied der CDU wurde, konnte sich Hoffnung auf einen Stellvertreterposten an einer Schule machen und war vor ideologisch-politischen Nachstellungen durch die SED sicher. Andererseits erhielten Pädagogen mit dem Parteibuch der CDU aber auch den Garantieschein, nicht Direktor werden zu können.⁵ Ungünstiger waren die Aussichten in der Wirtschaft. Hier erhielten Blockparteimitglieder nur gelegentlich Stellvertreterposten. Die Leitungspositionen, die seit den frühen fünfziger Jahren noch traditionell im Besitz der Blockparteien waren, wurden in den siebziger und achtziger Jahren mehr und mehr an SED-Mitglieder vergeben. Berufliche Vorteile waren in der Wirtschaft nur dort zu erwarten, wo der CDU nach dem von der SED bestimmten Verteilerschlüssel Positionen zustanden, so für Handwerker, Gewerbetreibende und Freiberufler.

Wie in allen DDR-Organisationen hinderte das diktatorische Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ die CDU-Mitglieder bis zum Herbst 1989 daran, irgendeinen Einfluss auf die Zusammensetzung ihrer Führung zu nehmen. So wurde die CDU über Jahrzehnte vom überzeugten Kommunisten Gerald Götting geleitet, der intern aus seiner Abneigung von Kirche und Glauben keinen Hehl machte und die SED-Belange mit mehr Entschiedenheit vertrat als mancher SED-Funktionär. Götting wurde nie durch eine Mitgliederversammlung bestätigt. Er lenkte die CDU im Auftrag der SED nicht nur, sondern arbeitete eng mit dem MfS zusammen. So wurden u.a. alle wichtigen Kaderentscheidungen mit der SED und dem MfS abgestimmt, haupt- und ehrenamtliche Kader – so eine interne MfS-Studie aus dem Jahr 1987 – „erst eingestellt bzw. berufen, wenn das MfS dazu keine Einwände“ hatte.⁶ Die Mitglieder der

⁵ Vgl. Siegfried SUCKUT, „*Persönlicher oder politischer Eigensinn im demokratischen Block? DDR-Parteien in den 50er und 60er Jahren. Bisher verschlossene Archive geben neue Informationen über die Haltung der SED gegenüber den Blockparteien*“, in: *Das Parlament* 20 vom 8. Mai 1992, S. 10.

⁶ Analyse zur politisch-operativen Lage in den Bezirksverbänden der befreundeten Parteien – Berlin, 27. November 1987. Ministerium für Staatssicherheit – Bezirksverwaltung Ber-

CDU wussten zwar, dass die leitenden Funktionäre ihre Positionen mit Förderung und Billigung der SED einnahmen, hatten aber keine Möglichkeit, gegen diese Praxis zu opponieren.

Zwar gestatteten die repressiven Machtverhältnisse den CDU-Mitgliedern kein Aufbegehren gegen die SED-gelenkte Führung oder gar eine Demokratisierung der Partei von unten, andererseits konnte nicht einmal das MfS verhindern, dass der überwiegende Teil der Mitglieder den führenden CDU-Funktionären sowie dem offiziellen Kurs der Partei distanziert gegenüberstand und die Beschlüsse der Zentrale zum Teil demonstrativ ignorierte. Schon auf Kreisebene ließ der Einfluss des Hauptvorstandes erkennbar nach. Offizieller Anspruch und vor Ort feststellbares Erscheinungsbild differierten stark. Innerhalb des Apparates wiederum gab es Unterschiede zwischen der völlig auf SED-Linie liegenden Führung und der mittleren Funktionärsschicht. Durch die CDU lief wie durch die gesamte Gesellschaft eine in ihrem Verlauf schwer definierbare und in ihrer Struktur diffuse Frontlinie, an der sich Beeinflussende und zu Beeinflussende, „Täter“ und „Opfer“ gegenüberstanden. Diffus war die Linie, weil sich oft in einzelnen Mitgliedern und Funktionären beide Elemente in schizoider Weise verbanden.

Durch die andauernde Diskrepanz zwischen Führung und Basis blieb die CDU aus Sicht der SED immer eine latent instabile Organisation. Die jetzt zugänglichen Archivalien bestätigen, dass die SED in ihnen „nicht nur abhängige Dauerverbündete, sondern stets auch potentielle Konkurrenten um die Macht“ sah und jede Emanzipationstendenz registrierte und zu unterdrücken versuchte.⁷ Die Quellen zeigen ebenso, dass die Basis der Partei keinesfalls völlig gleichgeschaltet war, sondern dass es zu allen Zeiten geäußerte Unzufriedenheit und Widerstandspotentiale gab.⁸ Das lag unter anderem daran, dass sich bei vielen Mitgliedern ein Selbstverständnis erhalten hatte, das sich aus der Gründungs- und Frühgeschichte nährte und nicht aus den der CDU aufgezwungenen Funktionen. Seit ihrer Gleichschaltung wurde in der CDU das Wissen um die demokratische Herkunft der Partei weitergegeben.⁹ Um dem

lin, Abt. XX/I (ZAN). Zit. bei Stefan WOLLE, *Der Weg in den Zusammenbruch. Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989*, in: Eckhard JESSE/Armin MITTER (Hg.), *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft*, Bonn 1992, S.89.

⁷ Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen*, in: Jürgen WEBER (Hg.), *Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur*, München 1994, S. 102.

⁸ Vgl. Manfred AGETHEN, *Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“*, in: *Historisch Politische Mitteilungen* 1 (1994), S. 90. Zum Widerstand seit den 50er Jahren vgl. Günter BUCHSTAB, *Widerspruch und widerständiges Verhalten der CDU der SBZ/DDR*, in: *Materialien der Enquete-Kommission* (wie Anm. 1), Band VII,1, S. 504–539.

⁹ Zur Phase der Gleichschaltung der CDU vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Düsseldorf 1990.

entgegenzuwirken, fälschten die parteioffiziellen Historiker zwar die Geschichte der CDU, leugneten die Herkunft oder diffamierten die demokratische Praxis in der Frühzeit der Partei, aber dennoch gab es während der gesamten DDR-Zeit – vor allem an der Basis – einen Tradierungsprozess geistig-kultureller Werte, den die SED nicht unterbinden konnte und der die politisch-geistige Monokultur der SED-Diktatur aufzulockern half.¹⁰ Besonders unmittelbar nach der mit Zwang durchgesetzten Gleichschaltung der CDU Anfang der fünfziger Jahre war die Unzufriedenheit unter den CDU-Mitgliedern groß und selbst bei offiziellen Veranstaltungen schwer zu verbergen. Ein typischer Stimmungsbericht aus dieser Zeit beschreibt die damals gängige Meinung an der Parteibasis wie folgt: „Wie kann sich nur der Generalsekretär der CDU für eine derartige Verherrlichung der SED hergeben. Wir wissen doch ganz genau, dass das Volk davon nichts wissen will, und nun macht doch die CDU alles mit und unterstützt noch die SED in ihren Machtbestrebungen. Macht endlich freie Wahlen, dann ist es sowieso vorbei mit dem Führungsanspruch.“¹¹ Diese kritische Haltung der meisten CDU-Mitglieder veränderte sich im Laufe der Zeit kaum. Auch in den sechziger Jahren beurteilten SED und MfS die politische Zuverlässigkeit der überwiegenden Mehrheit der CDU-Mitglieder negativ. Die Diskussionen in den Parteiversammlungen trugen aus SED-Sicht eindeutig „reaktionären“ Charakter und die Zustimmung zur DDR beschränkte sich auf formale Bekenntnisse. Aber auch die Stimmungsberichte der folgenden Jahrzehnte ließen eine klare Westorientierung der Basis erkennen. Es gab die gleichen Vorbehalte gegen die SED-Diktatur wie in den Jahrzehnten zuvor. Kritische Stimmen richteten sich noch immer vor allem gegen die politische Grundordnung, die Einheitslistenwahlen und die Abgrenzung von der Bundesrepublik Deutschland. Bis zum Herbst 1989 war es immer nur ein kleinerer Teil der Mitglieder, der die SED-Diktatur aus innerer Überzeugung oder aus Opportunismus unterstützte.¹²

So war die Tatsache, dass es seit Beginn der Reformpolitik Gorbatschows Mitte der achtziger Jahre auf zahlreichen Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen wieder zu kritischen Diskussionen über die Politik der SED, über sozioethische

10 Vgl. Wolfgang MLECZKOWSKI (wie Anm. 4), S. 3.

11 Bericht über die Stimmung und Meinung von Funktionären und Mitgliedern der CDU zu dem Artikel des Generalsekretärs Gerald Götting in der NZ Nr. 62 vom 14. März 1954 (Archiv für Christlich-Demokratische Politik [ACDP] VII-013-1291).

12 Vgl. Mitteilung von Ufrd. Börner an Abt. Parteiorgane, Informationsbericht für April 1970. Bericht über Argumente, 2. April 1970 (ACDP VII-013-2094). Vgl. Martin RISSMANN, *Die Rolle der Ost-CDU* (wie Anm. 2), S. 17; vgl. Lothar de Maizière, Einführende Worte des stellv. Parteivorsitzenden der CDU, Lothar de Maizière, anlässlich der Präsentation des Buches „Die Ost-CDU 1948–1952 – Zwischen Widerstand und Gleichschaltung“ von Michael Richter am 5. Dezember 1990 (Privatarchiv Richter [PAR], Ost-CDU 2) S. 9. Das Gegenteil behauptet Christian von DITFURTH, *Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt*, Köln 1991, S. 180.

Fragen und Möglichkeiten der Eigenprofilierung der CDU kam, weniger auf eine veränderte Stimmungslage an der Basis zurückzuführen, sondern auf die Auswirkungen, die der KSZE-Prozess und die Reformentwicklung in der UdSSR sowie in Polen und Ungarn auf die innenpolitische Situation in der DDR hatten. Gegen den Willen der SED-Führung wuchsen in der DDR Freiräume, die vor allem in den Kirchen genutzt wurden. Von kirchlichen Gruppen und einigen Kirchenleitungen formulierte gesellschaftskritische Thesen fanden auch in der CDU Gehör. Vor allem in sozialetischen Fragen gab es hier frühzeitig Profilierungstendenzen, die die CDU über ihre Rolle als „Transmissionsriemen“ der SED hinauswachsen ließen. Seit der verstärkten Menschenrechts-, Friedens- und Umweltschutzarbeit der Kirchen orientierten sich vor allem kirchlich engagierte CDU-Mitglieder mehr an den Vorgaben der Synoden der Evangelischen Landeskirchen als an den ideologischen Plattitüden der SED-hörigen Parteiführung.¹³ Die Folge war, dass viele Mitglieder einen größeren Einfluss auf die Partei im Sinne der kirchlichen Interessen ausübten, als dass sie umgekehrt den bündnispolitischen Auftrag in die Partei hineintrugen.¹⁴ Daher war dem Versuch der SED, die CDU mit MfS-Hilfe zur „Zersetzung und Paralyisierung“ der neuen oppositionellen Gruppen unter dem Dach der Kirchen zu benutzen, von vornherein wenig Erfolg beschieden. Mit ihrer wie mit der Hilfe anderer „gesellschaftlicher Kräfte“ sollte die Wirksamkeit der kirchlichen Gruppen eingeschränkt, ein Teil der Akteure zurückgewonnen und Aktivitäten in „gesellschaftsgemäße Bahnen“ kanalisiert werden.¹⁵ Die Möglichkeiten der SED, mit Hilfe der CDU Einfluss auf den erwünschten „Differenzierungsprozess“ zwischen „progressiven“ und „reaktionären“ Kräften in den Kirchen zu nehmen, die ohnehin immer sehr gering gewesen waren, sanken in den achtziger Jahren weiter. Stattdessen änderte sich die Richtung der Transmission. In dem Maße, in dem sich viele CDU-Mitglieder stärker an den Aktivitäten und Entwicklungen in den Kirchen beteiligten, schwächten sich auch die Animositäten zwischen dem „Bund der evangelischen Kirchen in der DDR“ und der CDU ab. Im Februar 1986 erklärte Altbischof Albrecht Schönherr, seine Kirche stelle fest, dass CDU-Mitglieder sich verstärkt bemühten, in kirchlichen Gemeindeleitungen und anderen kirchlichen Gremien mitzuarbeiten und für die Belange christlicher Bürger einzutreten.¹⁶ Die Kreisverbände der CDU berichteten über eine Verbesserung

13 Vgl. Peter Joachim LAPP, *Ehemalige DDR-Blockparteien auf der Suche nach Profil und Glaubwürdigkeit*, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 62.

14 Vgl. Siegfried SUCKUT, in: *Protokoll der 22. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 11. Dezember 1992 in Bonn*, in: *Materialien der Enquete-Kommission* (wie Anm. 1), Band II, 1, S. 320.

15 MfS, ZAIG, Nr. 150/89, Berlin, 1.6.1989. In: Armin MITTER/Stefan WOLLE, *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989*, Berlin 1990, S. 54 f.

16 Vgl. Peter Joachim LAPP, *Die „befreundeten Parteien“ der SED. DDR-Blockparteien heute*, Köln 1988, S. 73.

der Beziehungen zu den kirchlichen Gemeinden,¹⁷ und auch das MfS konstatierte „Erscheinungen des Einbringens reaktionären kirchlichen Gedankengutes als speziell zu beobachtende Form ideologischer Einflussnahme in die Blockparteien“. Andererseits stellte die Staatssicherheit jedoch auch fest, „dass die Wirksamkeit der CDU bei der Auseinandersetzung mit von der Kirche und ihren Amtsträgern vertretenen reaktionären Auffassungen nur durch wenige Funktionäre auf Bezirks- und Kreisebene getragen“ werde. An der Basis sei „die fehlende Akzeptanz der CDU als christliche Partei als Ursache für unzureichende Wirksamkeit gegenüber den Kirchen zu nennen.“ Seitens der CDU seien jedoch „Absichten und Bemühungen erkennbar, dem ‚C‘ in der Bezeichnung ‚CDU‘ zu mehr Gewicht und Wirksamkeit zu verhelfen und dadurch die eigene Ausstrahlung zu verbessern.“¹⁸ Angesichts der sich ändernden politischen Rahmenbedingungen sahen die Mitglieder in der Partei nicht mehr nur einen Schutzraum, sondern forderten stärkere Mitbestimmung, deutliche Signale der Eigenprofilierung und ein Abrücken von der unbedingten Gefolgschaft zur SED. So wuchs vor dem Hintergrund der Reformentwicklungen in der UdSSR, in Polen und Ungarn der Druck der CDU-Mitglieder auf ihre Parteileitung.¹⁹ Hier aber gab es keine erkennbaren Reaktionen. Die Proteste von der Basis wurden ignoriert bzw. gehorsam den Arbeitgebern in SED und MfS weitergemeldet. Da sich Gerald Götting jeder Diskussion über Veränderungen verschloss, dominierte im offiziellen politischen Alltag der CDU weiterhin die „altvertraute Subalternität, wie man sie aus den veröffentlichten Beschlüssen jener Jahre kennt“.²⁰ Die CDU-Führung blieb nachgeordneter Vollstrecker des Willens der Einheitspartei und übte sich ungetrübt von eventuellen Emanzipationserwägungen in vorausgehendem Gehorsam gegenüber der „Partei der Arbeiterklasse“. Wie vom senilen Honecker wurde die Lage

17 Vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Bautzen, an die Parteileitung der CDU Berlin, Bautzen, 6. April 1988, Informationsbericht 1/88; vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Görlitz, an: Sekretariat des Hauptvorstandes, Abtlg. Parteiorgane Berlin, 21. Dez. 1988, betrifft: Quartalsbericht IV/88 (ACDP Zentralbestand Ost-CDU).

18 MfS, Hauptabteilung XX, Streng geheim, Berlin, 3. Mai 1989, Information über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und LDPD, unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion (BStU, ZA, HA XX, AKG-84, Bl. 15-24). Zit. in: *Materialien der Enquete Kommission*, Bd. VII,2, S. 1540.

19 Vgl. Peter Joachim LAPP, *Die „befreundeten Parteien“* (wie Anm. 16), S. 141; vgl. DERS. In: *Protokoll der 22. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 11. Dezember 1992 in Bonn*, in: *Materialien der Enquete Kommission*, Band II,1, S. 295; vgl. Manfred AGETHEN (wie Anm. 8), S. 104; vgl. Günter BUCHSTAB (wie Anm. 8), S. 536.

20 Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen* (wie Anm. 7), S. 102.

in der krisengeschüttelten DDR auch von Götting schöngeredet und die führende Rolle der SED vorbehaltlos anerkannt (Dokument 1). Trotz des erkennbaren Niedergangs der Wirtschaft, wachsender Engpässe in allen Bereichen der Versorgung, der Stagnation im Wohnungsbau und einer völlig maroden Infrastruktur bezeichnete Götting in der Grußadresse des CDU-Hauptvorstandes an den 11. Parteitag der SED im April 1986 das letzte Jahrfünft als den bislang erfolgreichsten Abschnitt in der Entwicklung der DDR. Das Volk habe „sein materielles und kulturelles Lebensniveau weiter erhöht“ und das Sozial- und Wohnungsbauprogramm vorangebracht. Götting dankte der SED „herzlich für das gute Miteinander“ im Block und in der Nationalen Front und dem „lieben Freund“ Honecker für dessen regelmäßige Instruierung der Vorsitzenden der Blockparteien. Die Gespräche mit der SED-Führung seien für die CDU „stets eine wichtige Hilfe“. Die „Einheit von Führungsrolle und Bündnispolitik der SED“ betrachte die CDU als „eine der kostbarsten Errungenschaften“ der sozialistischen Gesellschaft (Dokument 2). Es war absurd: Der führende CDU-Funktionär, der die CDU im SED-Auftrag lenkte und bespitzelte und dessen politische Heimat die SED war, bedankte sich bei der SED für die untergeordnete Rolle, die die mit seiner Hilfe unterdrückte CDU in der SED-Diktatur zu spielen hatte. Die SED konnte zufrieden sein. Auch in Auswertung des 11. Parteitages der SED bilanzierte Götting die angeblichen Erfolge beim Aufbau und bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus, sprach vom „Vertrauen der christlichen Demokraten in die Politik der Arbeiterklasse“ als der führenden Kraft der Gesellschaft und bekräftigte die Bereitschaft, die „kameradschaftliche Gemeinsamkeit zum Besten des Volkes fortzusetzen“. Sein Stellvertreter, Wolfgang Heyl, wie Götting nicht nur SED-Marionette, sondern offizielle Kontaktperson des Hauptvorstandes zum MfS, pries die SED ebenfalls als „führungserprobte und bündnisoffene Partei, die sich den Massen zugewandt“ habe und die allen „internationalen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik voll gewachsen“ sei (Dokument 3).

Die ideologischen Eingebungen der SED-gelenkten CDU-Führung hatten mit der Alltagssituation der Bevölkerung freilich nichts zu tun. An der CDU-Basis stießen sie – wie schon immer seit Anfang der fünfziger Jahre – auf Ablehnung. Neu war jedoch, dass nach der Machtübernahme Gorbatschows Kritik wieder recht deutlich geäußert wurde. Schon im Sommer 1986 wandten sich erste Ortsgruppenvorstände in Briefen an Götting, um Veränderungen anzumahnen. Die Vorstöße der CDU-Ortsgruppen – im Bezirk Dresden waren dies z. B. Grossenhain, Radebeul, Zittau, Coswig, Meißen und viele kleinere Gemeinden – wurden von SED und MfS argwöhnisch registriert. Bekannt geworden sind in den letzten Jahren vor allem die Aktivitäten der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen, in der bereits seit Mitte der achtziger Jahre jede Versammlung unter ein anderes provokantes Thema gestellt wurde. Schon 1985 wurde hier die Frage diskutiert, ob die DDR nicht mehr Demokratie brauche. Unter

Federführung ihrer Vorsitzenden, Else Ackermann, forderte die Ortsgruppe im Juni 1988 Reformen im Sinne Gorbatschows, bezeichnete die Gesellschaft der DDR als „ideologische Deformation“ und „Anachronismus“ und rief die CDU zu mehr Eigenständigkeit auf.²¹ Die heute zugänglichen CDU-Unterlagen zeigen jedoch, dass der couragierte Aufruf der brandenburgischen Ortsgruppe durchaus kein Einzelfall war. Er unterscheidet sich vor allem hinsichtlich seines Bekanntheitsgrades von verschiedenen ähnlichen Aktivitäten. Nicht nur in der Ortsgruppe Neuenhagen, sondern in der gesamten Blockpartei verstärkte sich vor allem seit 1988 die Reformdiskussion. Ihren Niederschlag fand die Unzufriedenheit der CDU-Basis in zahlreichen Briefen an die Parteiführung sowie in den monatlichen Informationsberichten der Kreissekretariate an die Bezirkssekretariate und in den Quartalsberichten an den Hauptvorstand.

Die Funktionäre berichteten, dass die Mitglieder wesentlich kritischer als zuvor diskutierten, an der Basis der Partei eine allgemeine Unzufriedenheit über die Verhältnisse herrsche (Dokumente 4 und 12) und die Stimmung unter dem überwiegenden Teil der CDU-Mitglieder wie fast unter der gesamten Bevölkerung als pessimistisch einzuschätzen sei (Dokument 9). Immer deutlicher würden wachsendes Unbehagen und Kritik am Erscheinungsbild der CDU formuliert. Bemängelt wurden ausbleibende Reaktionen der Parteiführung auf die politische Entwicklung. Angesichts der Tatsache, dass die Mitglieder vom Hauptvorstand keine Antworten auf ihre Anfragen erhielten, wurde gefordert, Berichte von der Basis künftig auszuwerten und nicht einfach zu ignorieren. Offen kritisiert wurde, dass die CDU-Führung in keinem einzigen Bereich eine eigene, von der SED-Linie abweichende Meinung vertrete. Angemahnt wurde dies zum Beispiel angesichts der staatlichen Zensurmaßnahmen gegenüber den Kirchenzeitungen, der im Bildungsbereich praktizierten Erziehung zum Hass, der gesamten vormilitärischen Ausbildung in den Schulen sowie angesichts der rigiden Praxis staatlicher Stellen bei der Ablehnung von Anträgen auf Besuchsreisen in die Bundesrepublik Deutschland (Dokument 9). Die Kritik galt aber auch der Informationspolitik der Partei, dem Erscheinungsbild der CDU-Presse sowie den Reden Göttings. Einzelne Kreisverbände berichteten im Sommer 1988 von Ortsgruppen, die sich darüber beklagten, dass die CDU eine reine Mitläufer- und Satellitenpartei der SED sei. Wenn sie keine eigene Meinung vertrete, so die Mitglieder, sei sie eigent-

21 „Gedanken der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen zu gesellschaftspolitischen Fragen in der DDR.“ Text in: Manfred AGETHEN (wie Anm. 8), S. 105–114. Zu den Hintergründen vgl. ebd. S. 99–104; vgl. *„Mut und Initiative wurden in jahrzehntelanger Entmündigung erstickt. Gedanken der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen (DDR) vom 27. Juni 1988 an den Hauptvorstand der CDU“*, in: *Begleittexte auf dem Weg zur Einheit*, hg. von der Exil-CDU, Berlin 1990, S. 23–29; vgl. Stefanie HOFFMEISTER, *„Auch die Mauerzeit ließ mich reifen. Leben vor und nach der Wende – Ärztin und CDU-Abgeordnete“* (Beitrag über Else Ackermann, d.A.), In: *Das Parlament* vom 9. Februar 1996.

lich völlig überflüssig (Dokumente 5, 8 und 12). Gefordert wurden immer wieder mehr Eigenständigkeit und ein eigenes, christlich geprägtes Selbstverständnis (Dokumente 4, 5, 8 und 10). Die CDU dürfe sich nicht nur auf Nationale-Front-Arbeit „mit Hakke und Schaufel“ eingrenzen lassen, sondern müsse ein „echtes politisches Mitspracherecht in allen Fragen“ verlangen (Dokument 5). Vereinzelt wurde die Parteileitung aufgefordert, ihre Kontakte zur CDU/CSU nach dem Vorbild der LDPD, die Beziehungen zur FDP unterhielt, zu intensivieren (Dokument 5).²²

Die Kritik konzentrierte sich aber nicht nur auf die eigene Partei. Immer wieder berichteten Kreisverbände von Forderungen nach einem offenen und ungehinderten gesellschaftlichen Dialog über alle drängenden Probleme der DDR sowie nach tatsächlicher Meinungsvielfalt in politischen Fragen (Dokumente 7 und 8). Strikt zurückgewiesen wurde die gesamte Informationspolitik in der DDR, bei der eine völlig einseitige positive Berichterstattung die erlebte Alltagswirklichkeit in kaum erträglicher Weise konterkarierte (Dokumente 5, 7, 8, und 12). Offene Kritik gab es bereits auch an der SED und am Staatsapparat. So war die Rede von der „Arroganz der Macht“ (Dokument 8) und der Überheblichkeit der SED (Dokument 10). Der Kreisverband Bautzen berichtete im April 1988 von einer Versammlung der Stadt, bei der ein CDU-Mitglied den meisten Beifall für die Bemerkung erhielt, „dass der Staatsapparat bei uns weithin zum Hemmschuh der gesellschaftlichen Entwicklung geworden“ sei (Dokument 4). Überall, so in anderen Berichten, gebe es Privilegierte mit Positionen, Beziehungen und ungerechtfertigtem Einkommen (Dokument 10). In allen Ortsgruppen werde Kritik an verbreiteter Unehrlichkeit, an Bürokratismus, unsachgemäßer Information, Nichtbeachtung der „sozialistischen Demokratie“ und am „Nichteingehen auf Dinge, die unsere Menschen bewegen“, formuliert (Dokument 5). Bemängelt wurde in diesem Zusammenhang die ständige Diskriminierung von CDU-Mitgliedern im Staatsapparat (Dokument 8). Es wurde darauf hingewiesen, dass Abgeordnete der CDU ihre Mandate niederlegen wollten, da es keinen Sinn habe, an Beratungen teilzunehmen, die doch nur verlorene Zeit bedeuteten (Dokumente 4 und 10). Die Arbeit als Abgeordneter bringe kaum sichtbare Ergebnisse, die Abgeordneten schämten sich vor einer Rechenschaftslegung gegenüber den Wählern (Dokument 6) und fühlten sich in ihrem Wirkungsfeld durch zentrale Beschlüsse eingeschränkt, durch die örtlich dringliche Vorhaben verhindert würden (Dokument 12).

In den Berichten der Kreisverbände spiegelt sich ein breites Spektrum kritischer Stellungnahmen zu den verschiedensten Bereichen des gesellschaftli-

²² Zur Problematik der Kontakte zwischen Ost- und West-CDU vgl. Carsten TESSMER, *Innerdeutsche Parteienbeziehungen vor und nach dem Umbruch in der DDR*, Erlangen 1991, S. 125–127.

chen Lebens sowie zur Wirtschaft und zur Politik der SED wider. In Ansätzen wird, setzt man die Kritikpunkte zu einem Gesamtbild zusammen, ein – wenn auch unscharfes – programmatisches Profil erkennbar. Es kennzeichnete die CDU als eine Partei, deren Basis sich für Dezentralisierung der Wirtschaft, Eigenverantwortung der Betriebe sowie die Durchsetzung eines effektiven Leistungsprinzips einsetzte und dem Ausbau der Infrastruktur größere Bedeutung beimaß. Im politischen Bereich war die Ablehnung der Diktatur, ein Eintreten für politischen Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und die Durchsetzung der Menschenrechte erkennbar. Es gab aber auch zahlreiche Stellungnahmen, in denen die SED-Politik vom Standpunkt eines alternativen Sozialismusmodells aus kritisiert wurde.

Hauptfelder der Auseinandersetzung waren jedoch die Wirtschaft und das System der zentralen Planung in der DDR, das als Ursache der Versorgungsschwierigkeiten angesehen wurde (Dokument 8). Es wurde darauf hingewiesen, dass die Fachleute in den Betrieben immer mehr in Widerspruch zu den zentralen staatlichen Festlegungen gerieten. Beklagt wurde die schlechte Ersatzteilversorgung in den Betrieben und die ständige Zunahme des nichtproduktiven Sektors (Dokument 12). Gefordert wurde die Trennung der Aufgabenbereiche der Betriebsleitungen, der Betriebsparteiorganisationen der SED und der Betriebsgewerkschaftsleitungen des FDGB (Dokument 5). Im Bereich der Versorgung galt die Kritik unter anderem den steigenden Preisen im Bereich des privaten Konsums (Dokument 8), die im wachsenden Widerspruch zum Lohngefüge eines großen Teiles der Bevölkerung stünden und mit Argumenten über stabile Preise für Grundnahrungsmittel oder gleichbleibend niedrige Mieten nicht mehr zu rechtfertigen seien (Dokument 9). Besonderen Ärger löste 1988 die Preissteigerung für den Pkw „Wartburg“ auf über 30 000 Mark hervor, für die die CDU-Basis wie fast die gesamte Bevölkerung „absolut kein Verständnis“ aufbrachte. Da die meisten Antragsteller nach über 17 Jahren Wartezeit den auf mehr als das doppelte angestiegenen Preis nicht zahlen konnten, meldeten sich viele von ihnen auf die Wartelisten für den „Trabant“ um, wodurch sich dort die Wartezeiten ebenfalls erheblich verlängerten (Dokumente 9 und 10). Angesichts der prekären Versorgungslage der bereits völlig überschuldeten DDR waren Themen wie die Versorgung mit „Waren des täglichen Bedarfs“, insbesondere mit Nahrungs- und Genussmitteln, „Erzeugnissen der Haushaltchemie“, Kinderbekleidung und -schuhen, Ober- und Untertrikotagen für Damen und Herren, Möbeln und „Heimelektronik“, mit Ersatzteilen und Baustoffen sowie die permanenten Engpässe im Dienstleistungsbereich ständig wiederkehrende Themen der Diskussionen. Hingewiesen wurde auch auf die Benachteiligung der Berufstätigen im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“, die nach Feierabend vor leeren Regalen stünden und deswegen gezwungen seien, während der Arbeitszeit einkaufen zu gehen (Dokumente 7, 8, 9, 10, 11 und 12). Weitere Themenfelder waren der Wohnungs- sowie der

Verkehrs- und Straßenbau. In den Stadtzentren gebe es keine Rekonstruktionsmaßnahmen mehr, stattdessen würden die „Bauhauptleistungen gegenüber Berlin“ immer weiter erhöht (Dokument 6). Die Lage im Verkehrs- und Straßenbau sei völlig unzulänglich (Dokument 8), die Versorgung mit Wohnraum mangelhaft, die Altbausubstanz abrisssreif und der Wohnungsbau stagniere (Dokumente 9 und 10). Ähnlich unzureichend sei die Gesundheitsversorgung. Es gebe wochenlange Anmeldezeiten und monatelange Wartezeiten bei speziellen Behandlungen (Dokument 11). Die Versorgung mit Medikamenten werde immer schlechter, und die Bausubstanz der Krankenhäuser und Kliniken verfallende. Angesichts der prekären Lage könne der verbreitete Pessimismus unter Medizinern nicht verwundern (Dokument 12). Aber nicht nur die Probleme in Wirtschaft und Versorgung führten zu allgemeiner Verärgerung, auch die kommunistische Erziehung stieß unter den CDU-Mitgliedern auf wachsenden Widerspruch. Im Bereich der Volksbildung wie in der FDJ sei eine „Uniformierung von Meinungen“ (Dokument 5) feststellbar, die sich im Verbot niederschläge, in der CDU über Fragen der Volksbildung auch nur zu diskutieren (Dokument 12).

Während sich die CDU-Führung für das Jahr 1989 die Aufgabe stellte, „die sozialistische Staatsmacht weiter zu stärken, die sozialistische Demokratie zu vertiefen, das bewährte Bündnis aller in der Nationalen Front vereinten politischen und gesellschaftlichen Kräfte zu festigen und das Bekenntnis aller Bürger zu der auf Friedenssicherung und Volkswohl gerichteten Politik unserer Republik auszuprägen“ (Dokument 13), stellten die Proteste an der Basis Ende 1988 bereits eine massenhafte Erscheinung dar und zielten auf die grundsätzliche Infragestellung der gesellschaftlichen Strukturen. Damit nahm der Widerspruch zwischen Basis und Führung weiter zu. Der Aufbruch unter den CDU-Mitgliedern beschränkte sich jedoch nicht auf Kritiken und damit verbundene Aktivitäten im Rahmen der eigenen Organisation. Unter den etwa eine halbe Million Mitgliedern aller Blockparteien gab es von Anfang an Zehntausende, die sich im Vorfeld der friedlichen Revolution an Demonstrationen beteiligten, sich Bürgergruppen anschlossen, in kirchennahen Gruppen oder in den Kirchen mitarbeiteten und im Rahmen des konziliaren Prozess engagierten.²³

Die 1989 weiter anwachsende Zahl kritischer Stellungnahmen in Briefen an Götting und den Hauptvorstand²⁴ veranlassten die SED zu Gegenmaßnahmen. Bereits im Jahr 1988 hatte das MfS die „Sicherung und Beherrschung der Lage in den Blockparteien und deren Medien“ durch eine verstärkte „ope-

23 Vgl. Hans-Hinrich JENSSEN, „*Wo wart Ihr vor Gorbatschow?*“ In: *Neue Zeit* vom 14. Dezember 1989. Vgl. Peter Joachim LAPP, *Ehemalige DDR-Blockparteien* (wie Anm. 13), S. 62.

24 Ein großer Teil dieser Briefe findet sich in: ACDP VII-010-3368.

orative Durchdringung der Kreisvorstände“ mit Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS beschlossen. „Tendenzen des ideologischen Aufweichens, des Zurücktretens vor gegnerischen Argumenten und der Überbetonung der Eigenständigkeit der Blockparteien“²⁵ sollten aufgeklärt und „operativ verhindert“ werden. In der Jahresplanung des MfS für 1989 war vorgesehen, den „Durchdringungsprozess, einschließlich der Schaffung inoffizieller Quellen in den Bezirksvorständen der CDU und LDPD“, weiter zu erhöhen, um das Anwachsen des „kritischen Potentials“ effektiver bekämpfen zu können.²⁶ Bereits im Mai 1989 wurde durch die Bezirksverwaltungen des MfS eingeschätzt, „dass die politisch-operative Sicherung des Bereiches befreundete Parteien gewährleistet“ sei. Die Anzahl „inoffizieller Kräfte zur Einschätzung der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien“ wurde ebenfalls als ausreichend angesehen. Insbesondere die Bezirksvorstände von CDU und LDPD waren „umfangreich inoffiziell gesichert, der Einsatz entsprechender IM in Schlüsselpositionen gewährleistet und eine wirksame operative Einflussnahme auf politisch-ideologische und kaderpolitische Entscheidungen“ gegeben.²⁷ Deutlicher konnte die personelle, organisatorische und programmatische Lenkung der CDU durch das MfS kaum zum Ausdruck gebracht werden. Im August 1989 arbeiteten zum Beispiel im Bereich der Kreisdienststelle des MfS Rostock 35 Inoffizielle Mitarbeiter bzw. „Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit“ (GMS). Davon entfielen fünfzehn auf die NDPD, acht auf die DBD, sieben waren in der CDU und fünf in der LDPD tätig.²⁸ Die Kreisdienststelle Rostock des MfS war in den Kreisvorständen der LDPD, der CDU und der DBD, wie es hieß, „inoffiziell verankert“.²⁹ Anders jedoch war die Lage an der Basis. Wurde die Situation in den Kreisen insgesamt als „ausreichend“ bewertet, so konstatierte das MfS, dass bislang „der zielgerichteten

25 Geheime Verschlussache 0043–515/88, in: *Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit*, hg. vom UNABHÄNGIGEN UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ROSTOCK, Rostock 1990, S. 65.

26 Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Abteilung XX: Jahresplan 1989 des Leiters der Abteilung XX. Geheime Verschlussache 153/88. Leipzig, 28. Dezember 1988. Bestätigt: Leiter der Bezirksverwaltung, Hummitzsch, Generalmajor. Bl. 23 (Forschungsstelle für die Verbrechen des Stalinismus [FVS] Dresden, Bezirksverwaltung Leipzig).

27 MfS, Hauptabteilung XX. Streng geheim. Berlin, 3. Mai 1989. Information über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und LDPD, unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion (Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik [BStU], ZA, HA XX, AKG-84, Bl. 15–24). Zit. in: *Materialien der Enquete Kommission*, Bd. VII, 2, S. 1541.

28 Information der KD Rostock/Referat III vom 30.08.89, in: *Arbeitsberichte über die Auflösung (wie Anm. 25)*, S. 66.

29 Bericht des Leiters der KD Rostock des MfS vom 29.08.89, in: ebd. S. 67.

inoffiziellen Absicherung und Durchdringung unmittelbar in den Grundeinheiten und Ortsgruppen zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet“ worden sei.³⁰ Gerade hier aber sammelte sich seit eh und je das kritische und oppositionelle Potential der Blockpartei.

Mit Hilfe ihrer Inoffiziellen Mitarbeiter gewann die Staatssicherheit ein recht genaues Bild von der Situation an der Basis der Blockpartei. In einem Bericht vom Mai 1989 wurde die Stimmungslage wie folgt skizziert:

- „Zweifel an der Richtigkeit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Subventions- und Preispolitik im Zusammenhang mit auftretenden Problemen und Schwierigkeiten in diesbezüglichen kommunalen Bereichen.
- Einseitige Orientierung an den Propagierungen westlicher Medien zu politischen Umgestaltungsprozessen in einigen sozialistischen Ländern und Übernahme gegnerischer Argumentationen im Sinne feindlicher Interpretationen zu ‚Glasnost‘ und ‚Perestroika‘ – damit verbunden sind Forderungen nach mehr Rechten für Blockparteien, Veränderungen des Wahlsystems sowie der Informations- und Medienpolitik.
- Entwicklung einzelner Ortsgruppen zu ‚politischen Debattierclubs‘, in denen der Versuch unternommen wird, Fehlerscheinungen unserer sozialistischen Entwicklung und Fehlverhalten einzelner Funktionäre des Staatsapparates und der SED als gesellschaftstypisch darzustellen bzw. diese Parteiveranstaltung/Mitgliederversammlung als ‚Ventil‘ zu nutzen, um angestaute Unzufriedenheit abzulassen bzw. abzubauen.
- Eine sichtbare Zunahme an Resignationserscheinungen und politisch motivierter Passivität resultierte u.a. auch daraus, dass das Tragen gesellschaftlicher Verantwortung und Engagement durch Parteifreunde nicht die gleiche Anerkennung findet wie bei Mitgliedern der SED bzw. parteilosen Bürgern und damit verbunden eine Benachteiligung bei der Übertragung bestimmter Funktionen/Stellungen einhergeht.“³¹

Im Frühjahr 1989 musste das MfS konstatieren, dass sich der Veränderungswille bereits nicht mehr auf die untere und mittlere Parteiebene beschränkte. In einer Einschätzung der Bezirksverwaltung Rostock des MfS vom März 1989 hieß es zur Haltung von Funktionären und Mitgliedern der CDU, LDPD und NDPD zu Grundfragen der Außen- und Innenpolitik der SED, der außen-

30 MfS, Hauptabteilung XX. Streng geheim. Berlin, 3. Mai 1989. Information über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und LDPD, unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion (BStU, ZA, HA XX, AKG-84, Bl. 15–24). Zit. in: *Materialien der Enquete Kommission*, Bd. VII, 2, S. 1541.

31 Ebd. S. 1539.

politische Dialog der SED zur Sicherung des Friedens werde zwar weiterhin unterstützt, aber es würden „zunehmend kritische und zum Teil auch ablehnende Positionen zur Informationspolitik und zur Wirtschaftsführung zum Ausdruck gebracht“. Nicht nur in verschiedenen Ortsgruppen, sondern auch in den Bezirks- und Kreisvorständen seien Bestrebungen erkennbar, gegenüber der SED ein größeres Mitspracherecht bei innenpolitischen Entscheidungen durchzusetzen. Hinweise auf sozialismusfeindliche Ziele seien bislang jedoch nicht bekannt. Die Grundpositionen eines großen Teils der Funktionäre in den Blockparteien würden, so die Einschätzung des MfS, „nachhaltig geprägt durch die gesellschaftliche Umgestaltung in der UdSSR“. Auch im Hauptvorstand der CDU registrierte das MfS im März 1989 „erkennbare Ansätze, unter dem Aspekt der Eigenständigkeit der Partei die Zusammenarbeit mit der SED zu unterlaufen“.³² So gab es „Bestrebungen einzelner Funktionäre, die Grundprinzipien der Bündnispolitik und weiterer Teilbereiche der Gesellschaftsstrategie der SED abzulehnen, die Anwendung von Prinzipien des Pluralismus im bürgerlichen Sinn zu fordern und im Rahmen ihrer Tätigkeit entsprechende Wirkung zu erzielen.“³³ Im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 registrierte die Staatssicherheit in mehreren Bezirken Bemühungen von Funktionären aller Blockparteien, „in einzelnen Wahlkreisen mehr Mandate für die Parteien zu erhalten, Einfluss auf die Mandatsverteilung zu nehmen und stärker mit Funktionen in Wahlvorständen präsent zu sein“.³⁴

In der CDU gelang es den Funktionären, die sich zu Fürsprechern des Veränderungswillens der Mitglieder machten, jedoch nicht, den offiziellen Kurs der Partei zu beeinflussen oder sich gar in irgendeiner Weise gegen Götting und die SED-gelenkte Parteiführung durchzusetzen. So wuchs die Diskrepanz zwischen Basis und Führung weiter und war im Sommer 1989 größer denn je. Die Bereitschaft, den politischen Maximen Göttings zu folgen, hatte inzwischen auch im mittleren Funktionärsapparat abgenommen. Hier wuchs stattdessen die Neigung, ein stärkeres Eigenleben zu führen und die Direktiven der Parteiführung zu ignorieren. Im September 1989 wies der SED-Kreissekretär von Brandenburg bereits darauf hin, dass leitende Funktionäre der

32 AKG BVfS Rostock: Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock. Rostock, 17. März 1989. Zit. in: *Arbeitsberichte über die Auflösung (wie Anm. 25)*, S. 69–72.

33 MfS, Hauptabteilung XX. Streng geheim. Berlin, 3. Mai 1989. Information über aktuelle Aspekte der politisch-operativen Lage in den befreundeten Parteien, insbesondere der CDU und LDPD, unter besonderer Beachtung gegnerischer Aktivitäten zur Herausbildung und Formierung eines kritischen Potentials an der Basis der Parteien gegen die Bündnispolitik der SED und von Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversion (BStU, ZA, HA XX, AKG-84, Bl. 15–24). Zit. in: *Materialien der Enquete Kommission*, Bd. VII,2, S. 1538. 34 Ebd. S. 1541.

Blockparteien anfangen, „die gleichen Fragen zu stellen, wie sie vom Klassegegner gestellt“ würden.³⁵ Auch unter den Funktionären der CDU im Bezirk Rostock registrierte die SED inzwischen „kritische Positionen zur Wirtschafts-, Informations- und Bildungspolitik“.³⁶

Im Prozess der zunehmenden Polarisierung in der Partei schwankten die Sekretäre der Bezirks- und Kreisebenen zwischen Loyalität gegenüber der Führung und Zustimmung zur Parteibasis. Unter den Mitgliedern aber war die Stimmung Anfang September 1989 angesichts der stagnierenden gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR weitgehend von Resignation und Frustration bestimmt (Dokumente 14, 18 und 19). Die Situation in der DDR wurde mit der Entwicklung im übrigen Ostblock verglichen, wo es bereits in mehreren Staaten zu Reformentwicklungen gekommen war (Dokument 16). Immer häufiger wurden nun Fragen nach der dortigen Entwicklung so-wie zur Massenflucht von DDR-Bewohnern über Ungarn gestellt (Dokument 21).³⁷ In diesem Zusammenhang wurde weiterhin die Informationspolitik der DDR – einschließlich die der CDU – kritisiert und eine offene und differenzierte Berichterstattung verlangt. Die ständigen Erfolgsmeldungen, so die Berichte der Bezirks- und Kreissekretariate, stünden in einem schwer erträglichen Kontrast zum Alltag, wie ihn die Bevölkerung vor Ort erlebe (Dokumente 17, 19 und 21). Die Kritik beschränkte sich freilich nicht nur auf die Informationspolitik der CDU, sondern betraf immer direkter den Hauptvorstand, dem vorgeworfen wurde, eine wirkliche Mitwirkungsmöglichkeit der Parteibasis zu verhindern. Götting wurde zum wiederholten Male aufgefordert, auf kritische Fragen von der Basis einzugehen (Dokument 19).³⁸ Es sei, so die Mitglieder, an der Zeit, ein eigenes politisches Profil der CDU zu entwickeln und eigenständig zu agieren (Dokumente 15, 17 und 18). Hingewiesen wurde auf das Beispiel des LDPD-Vorsitzenden, Manfred Gerlach,³⁹ der sich in verschiedenen Äußerungen seit Ende 1988 für eine Diskussion von Reformschritten im Rahmen der sozialistischen Gesellschaft ausgesprochen hatte. Nach den Kommunalwahlen im Mai 1989 gab es Pro-

35 SED Kreisleitung Brandenburg: Monatsbericht September 1989. An: Bezirksleitung der SED. 1. Sekretär, Genossen Dr. Günther Jahn. Brandenburg, den 18. Sept. 1989. Gez. Winfried Mitzlaff (Brandenburgisches Landeshauptarchiv [Brandenburg. LHA], Rep.530 Nr.47).

36 Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock: Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweise unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock. Rostock, 17. März 1989. Zit. in: *Arbeitsberichte über die Auflösung (wie Anm. 25)*, S.69–72.

37 Vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Wolgast. An den Bezirksverband der CDU, Sekretariat. Wolgast, den 1.9.1989 (ACDP III-043-033/1); vgl. Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Bad Doberan. An: Hauptvorstand der CDU, 1080 Berlin. 10.9.1989 (ACDP III 043-032/3).

38 Vgl. auch Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Bad Doberan. An: Hauptvorstand der CDU, 1080 Berlin. 10.9.1989 (ACDP III 043-032/3).

39 Vgl. diverse Schreiben an Gerald Götting. In: ACDP VII-010-3370.

teste gegen die Fälschungen und Forderungen nach einer Diskussion des Wahlsystems im Vergleich mit dem anderer sozialistischer Staaten (Dokumente 15 und 16).

Einen Schwerpunkt der Kritik stellten 1989 weiterhin die Bereiche Wirtschaft und Versorgung dar. So wurde bemängelt, dass die Werterhaltung in den Betrieben vernachlässigt werde (Dokument 16) und die Versorgung – einschließlich der medizinischen – mangelhaft sei. Die Städte würden dem Verfall preisgegeben (Dokument 17) und der Straßenbau stagniere. Es gebe kaum Ersatzteile, laufend würden Güter produziert, die niemand brauche, und die Preise stiegen ständig. In die Kritik geriet erneut die Subventionspolitik (Dokument 14). Verlangt wurde eine stärkere Beachtung des Leistungsprinzip in der Wirtschaft (Dokument 18, 20, 21) und Preisstabilität für die Waren des Grundbedarfs (Dokumente 15). Der Kreisverband Bad Doberan wies auf das Mißverhältnis der Berichte über Planerfüllungen hin, die mit dem ständig sinkenden Angebot und dem Qualitätsverlust der Konsumgüter kontrastierten und erklärte: „Der Kreisvorstand will in den Diskussionen innerhalb der Ortsgruppen auch zu den genannten Fragen Antworten geben können, die im Einklang mit der Auffassung der Parteiführung stehen. Ein Ausweichen dieser Fragen wird von vielen Ortsgruppen nicht mehr akzeptiert. Der Kreisvorstand kann diese Fragen gegenwärtig nicht alleine beantworten.“⁴⁰ Bemängelt wurde auch die Umweltverschmutzung und die technologische Rückständigkeit der DDR (Dokument 17). Angesichts der Fülle wirtschaftlicher Probleme stellten viele Mitglieder die angebliche Überlegenheit des Sozialismus bereits offen in Frage (Dokument 16). Zu den Kritiken an der wirtschaftlichen Situation kamen die an der Rechtspraxis, an der unzureichenden Glaubensfreiheit (Dokument 15) und an der Bürokratie in der DDR (Dokument 18). Längst berührte die Kritik, wie die Informationsberichte der Bezirks- und Kreissekretariate im Juli und August 1989 deutlich zeigen, jedoch auch direkt das politische Grundgefüge des SED-Staates. So bemängelte der Bezirksverband Magdeburg das Verhältnis von SED und CDU auf Ortsebene und formulierte Zweifel am „wahren demokratischen Charakter unserer praktizierten sozialistischen Demokratie“. Zur Demokratie gehöre Widerspruch, „der durch die bei uns praktizierte Widerspruchslosigkeit und völlige Ergebenheit in eine zentral geleitete Politik ausgeschaltet“ sei. Recht offen wurden vor diesem Hintergrund die Führungsrolle der SED, der demokratische Zentralismus und die Rolle der Blockparteien hinterfragt. Das Kreissekretariat Osterburg berichtete, dass Mitglieder „neue Wege zur Demokratie“ forderten. Sie zweifelten die Berechtigung der Führungsrolle der SED an und wünschten sich „mehr Einfluss der mit ihr befreundeten Parteien“ (Dokument 17).

40 Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Bad Doberan. An: Hauptvorstand der CDU, 1080 Berlin. 10.9.1989 (ACDP III 043-032/3).

Eine wesentliche Zäsur in der Entwicklung der CDU markierte der am 10. September auf der Eisenacher Synode des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR veröffentlichte „Brief aus Weimar“,⁴¹ mit dem sich vier im Bereich der evangelischen Kirche tätige Mitglieder der CDU⁴² an alle Ortsgruppen und Vorstände der CDU wandten.⁴³ Mit seinen inhaltlichen Forderungen nach gesellschaftlichen und politischen Reformen gab er die Stimmung an der Basis der CDU adäquat wider und fügte sich nahtlos in die Reihe der bislang formulierten Kritiken der CDU-Basis ein. Angemahnt wurden in dem Schreiben unter anderem freie Reisemöglichkeiten, ein neues Wahlgesetz, innerparteiliche Demokratie, Daten über die Umweltverschmutzung und die Wiederaufnahme der Zeitschrift „Sputnik“ in die Postzeitungsliste.⁴⁴ Inhaltlich war er „nahezu identisch“ mit dem „Brief aus Neuenhagen“.⁴⁵ Die Tatsache, dass er dennoch wesentlich mehr Wirkung entfaltete, lag zum einen an der Mitte September 1989 bereits zugespitzten politischen und gesellschaftlichen Situation in der DDR und war zum anderen der Tatsache geschuldet, dass die Initiatoren die Eisenacher Synode nutzten, um den Brief einer internationalen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Angesichts der bisherigen Haltung der CDU-Führung gegenüber allen Reformansätzen waren die Beteiligten wohl nicht besonders überrascht, als der Hauptvorstand innerhalb von zwei Stunden nach Erscheinen des Briefes „Maßnahmen zur Verhinderung seiner weiteren Popularisierung“ festlegte.⁴⁶ Da der „Brief aus Weimar“ in einer gezielten Postaktion allen Kreisverbänden der CDU zugeschickt worden war, wurde er in den Vorständen und Mitgliederversammlungen schnell aufgenommen und diskutiert.⁴⁷ Hier gab es inzwischen bereits eine Kontinuität kritischer Diskussionen, und so diente der Brief in erster Linie als wesentlicher Kristallisationspunkt für die gesamte Blockpartei, der das breite Reformverlangen an der Basis der CDU fokussierte und ihm damit eine veränderte Qualität verlieh.

Am 19. September, noch während der Synode, wies die CDU-Führung unter Gerald Götting den Brief offiziell zurück.⁴⁸ Zu dem von Götting angestrebten

41 Der „Brief aus Weimar“ in: *Neue Zeit* vom 26. Oktober 1989.

42 Martina Huhn (Rechtsanwältin aus Sachsen, Synodale des DDR-Kirchenbundes), Christine Lieberknecht (Pastorin aus Ramsla), Martin Kirchner (Leitender Jurist im Thüringer Landeskirchenrat, Oberkirchenrat und wichtiger IM des MfS) und Gottfried Müller (Chefredakteur der thüringischen Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“).

43 Vgl. Manfred AGETHEN (wie Anm. 8), S. 94 f.

44 Ena vom 28. Sept. 1989; *Frankfurter Rundschau* vom 3. Oktober 1989.

45 Manfred AGETHEN (wie Anm. 8), S. 100.

46 Horst KORBELLA, Die personelle und programmatische Erneuerung der CDU seit dem Sommer 1989. Bonn, den 25. Febr. 1991, S.10 (PAR, Ost-CDU 2).

47 Vgl. Helmut LÜCK, *Ein Mehr an Demokratie. Die neue CDU*, in: Hubertus KNABE (Hg.), *Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes*, Reinbek 1989, S. 127 f.

48 *Neue Zeit* vom 19. September 1989.

Parteiausschluss der Autoren kam es jedoch nicht, da einige Mitglieder des Hauptvorstandes darin angesichts der breiten Resonanz des Briefes ein falsches Signal sahen. Stattdessen fand daher am 26. September ein einlenkendes Gespräch der Autoren mit den Mitgliedern des Präsidiums und des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU, Werner Wünschmann und Adolf Niggemeier, statt, bei dem sich die Parteiführung zu weiteren Gesprächen bereit erklärte.⁴⁹ Dass es sich dabei um eine reine Hinhaltetaktik handelte und die CDU-Führung nicht daran dachte, von ihrem SED-Kurs Abstand zu nehmen, bezeugen interne Schreiben, die der Hauptvorstand nach dem Treffen an alle Bezirkssekretariate schickte und in denen es hieß, dass in der DDR für die Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten „alle politischen, gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen“ bestünden und dass nicht behauptet werden könne, die CDU sei eine „nachgeordnete Partei“. Vielmehr arbeite sie völlig gleichberechtigt und gleichverpflichtet mit.⁵⁰ Mit ihrer unbeweglichen Haltung verschenkte die CDU-Führung so – die von der LDPD-Führung in ihrer Partei genutzte – Möglichkeit, einen ersten Schritt zur Überwindung der extremen Polarität zu tun, die es zwischen ihr und der Parteibasis gab. Es kennzeichnete die neue Situation, dass die Haltung der CDU-Führung an der Basis kaum noch besondere Beachtung fand. Ungeachtet von deren Restriktionsdrohungen ging, angeregt durch den „Brief aus Weimar“, die Reformdiskussion weiter. Beim Sekretariat des Hauptvorstandes häuften sich Briefe, Beschwerden und Eingaben, in denen sich Mitglieder, Ortsgruppen und Kreisvorstände die Forderungen des Reformpapiers zu eigen machten und ergänzten.⁵¹ Die CDU-Basis begann ein Eigenleben zu entwickeln, wie es dies seit über vierzig Jahren nicht mehr gegeben hatte. In den Diskussionen entwickelte sich bereits das programmatische Gerüst für die bald folgende innerparteiliche Demokratisierung. Auch die nötigen organisatorischen Änderungen des Parteaufbaus standen bereits auf der Forderungsliste. Verlangt wurde erstmals ein vorgezogener Parteitag und der Rücktritt der gesamten Parteiführung.⁵² Die Entmachtung der SED-hörigen CDU-Führungsclique als Teil der Zerschlagung der gesamten SED-Diktatur zeichnete sich als Hoffnungsschimmer am politischen Horizont ab. Die Diskussionen wurden in einem sich selbst beschleunigenden Prozess immer offener. So berichteten in der zweiten Septemberhälfte alle Bezirksverbände über die breite Zustimmung, die der „Brief aus Weimar“ in den Kreisverbänden fand und über die zuneh-

49 Akte Weimar (ACDP VII 011-3508); vgl. Ralf Georg REUTH, „*Wie de Maizière an die Spitze kam. Wendungen in der Wende der einstigen Blockpartei*“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. Juli 1991.

50 Information des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU. Für die Bezirkssekretariate. Parteiinternes Material. Nr. 14/1989. Berlin, 26. Sept. 1989 (ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet).

51 Vgl. Akte Weimar (ACDP VII 011-3508).

52 Vgl. Helmut LÜCK (wie Anm. 47), S. 129.

mende Zahl kritischer Diskussionen unter den Mitgliedern. Der Bezirksverband Gera informierte über Forderungen nach einem offenen „Eingeständnis der Fehler in Leitung und Planung unserer Volkswirtschaft“ und die „stärkere Herausarbeitung eines eigenständigen Standpunktes der CDU“. Im Bericht des Bezirksverbandes vom 27. September 1989 hieß es: „In den vielen politischen Gesprächen, die unsere Vorstände mit Mitgliedern unserer Partei, mit parteilosen Christen und auch Mitgliedern der SED führen, wird kritisiert, dass die CDU auf die vielen Fragen der Bevölkerung im Prinzip keine andere Antwort gibt als die SED bzw. die Staatsführung.“ Das spiegele sich auch in der wachsenden Zahl von Parteiaustritten nieder. Der Stadtverband Magdeburg sprach von einem wachsenden „Vertrauensdefizit“ zum Hauptvorstand und zur gesamten CDU-Führung. Die Ausstrahlung der CDU sinke, weil sie „für viele Mitglieder, besonders aber für Außenstehende sprachlos ist und scheinbar völlig hilflos in der politischen Landschaft steht“. Es werde gefragt, „ob die Parteiführung überhaupt noch auf die Meinung der Mitglieder Wert“ lege. Auch der Bezirksverband Karl-Marx-Stadt zitierte kritische Stimmen aus den Kreisverbänden: „Die Machtfrage ist wichtig und entschieden, muss aber auch effektiver zugunsten einer echten Vorwärtsentwicklung im Sozialismus im Interesse aller Werktätigen ausgeübt werden.“ Daher müsse „die Selbstherrlichkeit ‚Wir machen keine (oder kaum) Fehler‘ und ‚Schuld sind immer die anderen‘“ endlich fallengelassen werden.⁵³

Auch den „staatlichen Organen“ blieb der Stimmungsumschwung an der CDU-Basis nicht verborgen. So informierte die Bezirksverwaltung Neubrandenburg des MfS die Bezirksleitung der SED darüber, dass „feindlich-negative Kräfte, kirchliche Amtsträger, einzelne Künstler und Mitglieder der LDPD bzw. der CDU ihre Aktivitäten“ verstärkten, „Vorstellungen wie das ‚Neue Forum‘ an der Basis zu verbreiten und Wirkungen zu erreichen“.⁵⁴ Die Bezirksverwaltung Erfurt des MfS registrierte im September 1989 an der Basis von LDPD und CDU deutliche „Bestrebungen einer Neuprofilierung ihrer Parteien“. Die Leiter aller MfS-Dienststellen wurden daher angewiesen, mit Hilfe der Inoffiziellen Mitarbeiter, die für die programmatische Ausrichtung in den Blockparteien zuständig waren, „Beeinträchtigungen bzw. Störungen der Bündnispolitik rechtzeitig zu erkennen und durch geeignete operative Maßnahmen zu unterbinden“.⁵⁵

53 Information über die Meinungsbildung der Mitglieder der CDU zu einigen aktuellen politischen Fragen, 1989. Zit. b. Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien (wie Anm 7)*, S. 178-185.

54 Ulrich von SASS/Harriet von SUCHODELETZ (Hg.), *Feindlich-negativ. Zur politisch-operativen Arbeit einer Stasi-Zentrale*, Berlin 1990, S. 135 f.

55 MfS BV Erfurt. Leiter, gez. Schwarz, Generalmajor. Erfurt, 27.9.1989. Tgb. Nr. 563/89: Rückflussinformation zur politisch-operativen Lage unter feindlich-negativen Kräften im Verantwortungsbereich der BV Erfurt im Zusammenhang mit den gegenwärtig republikweit durchgeführten feindlich-negativen Aktivitäten zur Schaffung sogenannter Sammlungsbewegungen politisch-oppositioneller Personen. Bl. 27 (FVS Dresden, BV Erfurt).

Ende September Anfang Oktober 1989 überschlugen sich die Ereignisse in der DDR. In der Zeit um den 40. Jahrestag am 7. Oktober 1989 erlebte der SED-Staat Großdemonstrationen, wie es sie zuletzt im Juni 1953 gegeben hatte. Durch den Massensexodus drohte die DDR auszubluten. Auch in der CDU gärte es immer stärker. Am 10. Oktober 1989 erschien in der Dresdner CDU-Zeitung „Die Union“ der „erste Glasnost-Artikel“⁵⁶ der Redakteurin Uta Dittmann unter dem Titel: „Es ist möglich, miteinander zu reden“. Am 11. Oktober setzte sich auch das CDU-Zentralorgan „Neue Zeit“ über die üblichen Regeln der Berichterstattung hinweg, verkürzte eine ADN-Meldung über die Unruhen am 10. Oktober und setzte den eigenen Bericht im Konjunktiv fort.⁵⁷ Was nach westlichen Maßstäben lapidar schien, hatte in der DDR erhebliche Bedeutung. Auch der Hauptvorstand kam nun nicht mehr umhin, sich mit dem Aufbruch an der Basis intensiver auseinander zu setzen. In einem vertraulichen Bericht über die Meinungsbildung unter den Mitgliedern war die Rede davon, dass alle Hoffnungen auf einen eigenständigen Beitrag der CDU enttäuscht worden seien, dass es keine Antworten auf die Fragen der Bevölkerung gebe und daher die Zahl der Austritte schnell zunehme. Überall gebe es Zustimmung zum „Brief aus Weimar“ und Proteste gegen die Haltung des Parteivorstandes. Gefordert würde die Herausarbeitung eines eigenen Standpunktes der CDU, eine realistische Berichterstattung in den Medien, die Anerkennung der Mündigkeit der Bürger sowie die Beseitigung von Bevormundung und Manipulierung der öffentlichen Meinung.⁵⁸

Nachdem die SED ab dem 11. Oktober offiziell auf Dialogpolitik umschwenkte und im ganzen Land bereits offizielle Wende-Erklärungen abgegeben wurden, zeigte auch der Hauptvorstand der CDU erstmals Bewegung. Aber auch darin folgte er nur den Vorgaben der SED. Die CDU-Presse veröffentlichte am 12. Oktober einen Artikel Göttings, in dem dieser erklärte, es gebe viele Fragen, die einer gründlichen Diskussion und überlegter Entscheidungen bedürften. Den „Brief aus Weimar“ nannte Götting nun plötzlich einen „Anstoß“, durch den die CDU „ihr Profil als politische Partei von Christen unverwechselbar“ zeige.⁵⁹

Die Politik des Hauptvorstandes der CDU lag – im Gegensatz zur LDPD – zu diesem Zeitpunkt jedoch weiterhin voll auf der Linie Honeckers. Das zeigte sich, als Honecker am 13. Oktober die Vorsitzenden der „befreundeten

56 So Dresdens Oberbürgermeister Herbert Wagner auf einer Tagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung am 9. November 1990 in Bayreuth. Mitschrift des Autors (PAR 4023).

57 Vgl. Gunter HOLZWEISSIG, *DDR-Presse im Aufbruch*, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 226.

58 Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Parteiorgane. Berlin, den 10. Okt. 1989. Vertraulich! Zur Meinungsbildung der Mitglieder der CDU in der gegenwärtigen Situation (ACDP VII-010-3529).

59 Gerald GÖTTING, „Unsere Verantwortung“, in: *Neue Zeit* vom 12. Oktober 1989.

Parteien“ sowie den Präsidenten des Nationalrats der Nationalen Front, Lothar Kolditz, zu einer „Beratung über aktuelle Aufgaben bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR“ empfang. Honecker betonte, angesichts der Entwicklung dürfe kein Eindruck von Zweigleisigkeit entstehen. Zwar solle der Sozialismus durch „tiefgreifende Wandlungen und Reformen“ weiter verbessert werden, das Entscheidende bleibe aber, „unbeirrt an unseren Grundwerten festzuhalten, am Sozialismus in der DDR nicht rütteln zu lassen“. In Zukunft solle die Nationale Front eine größere Rolle spielen. In der Volkskammer werde die SED künftig Anfragen und Antworten erlauben.⁶⁰ Götting, Homann, Kolditz und Maleuda stimmten den Ausführungen Honeckers uneingeschränkt zu. Nur Gerlach drängte auf kritische Formulierungen im Kommuniqué. Er kritisierte die Führungs- und Sprachlosigkeit der SED. Man dürfe mit Entscheidungen nicht bis zum XII. Parteitag der SED warten. Auf der Tagesordnung stünden öffentlicher Dialog, Reisefreiheit, mehr Demokratie im politischen Leben, Änderungen im politischen Strafrecht und ein neues Wahlsystem.⁶¹

Die CDU-Führung dachte auch zu diesem Zeitpunkt nicht daran, derartige Forderungen zu übernehmen oder gar selbst zu formulieren. Nur äußerst langsam, immer parallel zur SED und unter dem Druck der Ereignisse entwickelte sich hier eine zaghafte Diskussion über den weiteren Weg der DDR und der eigenen Partei. An der Basis wurde unterdessen die Forderung nach der Einberufung eines Sonderparteitages der CDU immer lauter. Am 16. Oktober tagte das Präsidium der CDU mit den Bezirkssekretären. Auch bei diesem Treffen konnte Götting keine Änderung des politischen Standortes abgerungen werden. Die Bezirksvorsitzenden von Karl-Marx-Stadt und Schwerin, Klaus Reichenbach und Lothar Moritz, erklärten unter dem Beifall der Anwesenden, dass es in der CDU längst eine andere CDU gebe als die, die Götting noch zu führen meine. Götting verbot daraufhin jede Beifallskundgebung und prognostizierte, die Entwicklung werde durch den Einsatz sowjetischer Truppen bald wieder ein Änderung erfahren.⁶² Trotz der starren Haltung Göttings sah sich das Präsidium des Hauptvorstandes angesichts der Forderungen der Bezirkssekretäre veranlasst, noch am selben Tag erstmals Selbstkritik zu üben. Man habe im Bestreben, „die imperialistischen Aktionen gegen unsere Gesellschaft abzuwehren“ vor allem auf Kontinuität gesetzt. Dabei seien Signale aus den eigenen Reihen nicht früh genug erkannt worden. Der Hauptvorstand schloss sich jetzt den allgemein erhobenen Forderungen nach Dialog, Reisefreiheit etc. an, erklär-

60 Vgl. Günter SCHABOWSKI, *Der Absturz*, Berlin 1991, S. 258; vgl. Manfred GERLACH, *Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat*, Berlin 1991, S. 287 f.

61 Vgl. ebd. S. 288–290; Vgl. Interview mit Manfred Gerlach, in: *Der Spiegel* vom 6. November 1989.

62 Vgl. Horst KORBELLA (wie Anm. 46), S. 11.

te aber zugleich, für die CDU sei „all das unverzichtbar ..., was zum Sozialismus in der DDR und zu seinen eigenen Zügen beigetragen“⁶³ habe. Nach der offiziellen Selbstkritik gaben nun nacheinander auch die meisten Bezirks- und Kreisvorstände der CDU offizielle Erklärungen ab, in denen sie sich der neuen Linie der Hauptvorstandes anschlossen oder aber bereits ihre zum Teil wesentlich weitergehenden Forderungen formulierten. Noch einmal wurde deutlich bemängelt, dass sich der Hauptvorstand der CDU erst spät mit einer Erklärung zu den Problemen des Landes an die Öffentlichkeit gewandt habe.⁶⁴

Ausgelöst durch die beginnende friedliche Revolution setzte nun auch in den oberen Etagen der CDU ein Differenzierungsprozess ein, der bald erkennen ließ, wie heterogen die Kräfte waren, die sich unter dem Dach der CDU zusammengefunden hatten. Nachdem beim Hauptvorstand weiterhin Schreiben von der Basis eintrafen, die eine offene Diskussion über Ursachen der Ausreise, mehr Eigenständigkeit der CDU und mehr Mündigkeit für den Bürger forderten und sich gegen die Diskriminierung Andersdenkender wandten,⁶⁵ kam es am 25. Oktober 1989 auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU zu einer weiteren Auseinandersetzung über den zukünftigen Kurs der Union. Götting hatte zuvor den Entwurf eines Positionspapiers verschickt, das auf der Tagung beraten werden sollte.⁶⁶ Wie er forderte auch sein Stellvertreter, Wolfgang Heyl, die führende Rolle der SED weiterhin anzuerkennen, gleichzeitig aber das Profil der Blockpartei zu modifizieren.⁶⁷ Mit dieser SED-freundlichen Politik konnten sich beide Funktionäre jedoch nicht länger durchsetzen. Der Unmut, der sich seit Anfang Oktober 1989 gegen die Führung der Blockpartei aufgestaut hatte, explodierte bei einer Parteitagung der CDU mit Künstlern und Kulturschaffenden am 27. Oktober in der Zentralen Bildungsstätte der CDU in Burgscheidungen.⁶⁸ Auslöser war eine Rede des Schriftstellers Uwe Grüning „über die Abschaffung der Wirklichkeit“ in der DDR, bei der dieser auf die gesellschaftli-

63 *Neue Zeit* vom 17. Oktober 1989.

64 Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Presseorgane. Berlin, den 25. Okt. 1989: Vorschläge aus Briefen von Unionsfreunden und Ortsgruppen sowie Informationsberichte von Vorständen der CDU (ACDP VII-0101-3529).

65 Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Parteiorgane. Berlin, den 25. Okt. 1989. Vorschläge aus Briefen von Unionsfreunden und Ortsgruppen sowie Informationsberichten von Vorständen der CDU (2. Teil) (ACDP VII-0101-3529).

66 Schreiben Gerald Göttings an alle Mitglieder des Parteihauptvorstandes vom 25. Okt. 1989 (ACDP VII-011-3518).

67 *Neue Zeit* vom 27. Oktober 1989.

68 Vgl. Ute SCHMIDT, *Transformation einer Volkspartei – Die CDU im Prozess der deutschen Vereinigung*, in: Oskar NIEDERMAYER/Richard STÖSS (Hg.), *Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern*, Opladen 1994, S. 44.

chen Verhältnisse einging und die SED-Führung offen kritisierte.⁶⁹ Nach den Ausführungen kam es zu einer offenen Abrechnung mit der Politik Göttings und zur Forderung nach seinem Rücktritt.⁷⁰

Am selben Tag wurde der „Brief aus Weimar“ in der gesamten Unionspresse abgedruckt. Einen Tag später veröffentlichte die „Neue Zeit“ den Diskussionsentwurf eines Positionspapiers des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU, in dem nun in acht Grundforderungen u.a. freie Wahlen, eine am Markt orientierte Wirtschaft, ein grundlegend verändertes öffentliches Leben, das sich „durch lebendige Demokratie, strikte Rechtsstaatlichkeit und realistische Medien politisch auszeichnet“ sowie eine „neue Qualität innerparteilicher Demokratie“ formuliert wurden. Betont wurde jedoch erneut, dass die CDU eine eigenständige Partei in der DDR und für den Sozialismus sei und bleibe. Das Präsidium des Hauptvorstandes rief auf, den Entwurf zu diskutieren und kurzfristig den 17. Parteitag einzuberufen.⁷¹ Vor allem die mit den Kirchen verbundenen CDU-Mitglieder, die Kontakt zu oppositionellen Bürgergruppen hatten, forderten jedoch bereits einen eindeutigen Kurswechsel der Partei und die Absetzung Göttings. So forderten die vier Initiatoren des „Briefes aus Weimar“ und Vertreter aus den Bezirken Götting am 1. November in einem Gespräch zum Rücktritt auf.⁷² Nach „streng internen“ Berichten Inoffizieller Mitarbeiter des MfS in der CDU-Führung bestand jedoch inzwischen auch hier „die Auffassung, dass Götting nicht in der Lage sei, sich den veränderten Bedingungen anzupassen. Ihm würden die erforderlichen wissenschaftlich-theoretischen und organisatorischen Fähigkeiten für die jetzt notwendige neue Qualität der Führungstätigkeit fehlen“, außerdem leiste er Widerstand gegen alle Reformbestrebungen in der Partei. Die Inoffiziellen Mitarbeiter wiesen darauf hin, dass es Aktivitäten von Funktionären aus Bezirks- und Kreisorganisationen der CDU gebe, noch vor dem XII. Parteitag der SED – bis spätestens März 1990 – einen Sonderparteitag der CDU einzuberufen, auf dem „der Rahmen für eine tatsächlich eigenständige Politik der CDU im Zusammenwirken mit den anderen Parteien im Demokratischen Block abgesteckt“ wer-

69 Uwe Grüning bezeichnete die Veranstaltung später als „Aufbruch einer Partei aus ihrer nicht selbstverschuldeten, wohl aber geduldeten Unmündigkeit“ und als „Sternstunde der CDU, vielleicht ihre bedeutsamste“, in: Uwe GRÜNING, *Weltfremdheit und Wirklichkeitsnähe*, in: *Eichholz Brief. Zeitschrift für politische Bildung*, Heft 2/1991: *Christliche Demokraten in der Herbstrevolution*, S. 40.

70 Bericht von Nikolaus Flämig aus Hennersdorf. An den Bezirksverband Dresden der CDU und die Redaktion der Union. Hennersdorf, am 30.10.1989 (ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnetes Material).

71 Neue Zeit vom 28. Oktober 1989.

72 Teilnehmer waren u.a. Martin Kirchner, Martina Huhn, Christine Lieberknecht, Gottfried Müller, Walter Riedel, Heinz Hellwig, Peter Zimmermann.

den sollte.⁷³ Am 2. November fand eine außerordentliche Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes statt, zu der Götting zwar noch eingeladen hatte, an der er aber selbst nicht mehr teilnahm. Heyl eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, es gehe „längst nicht mehr allein um eine Solidarisierung mit dem Brief aus Weimar, sondern um ganz konkrete Forderungen nach personellen Veränderungen“. Er informierte darüber, dass Götting darum gebeten habe, ihn von seiner Funktion als CDU-Vorsitzenden zu entbinden. Beraten wurde auch ein Rücktritt des gesamten Präsidiums des Hauptvorstandes.⁷⁴ Die Mitglieder des 1987 eingesetzten Hauptvorstandes beauftragten Wolfgang Heyl mit der vorläufigen Wahrnehmung des Vorsitzes der CDU. Heyl lehnte es jedoch ab, für die Wahl eines neuen Vorsitzenden am 10. November zu kandidieren. Statt dessen schlug er u.a. Lothar de Maizière vor. De Maizière hatte bis zu diesem Zeitpunkt keine Parteifunktionen innegehabt, besaß als Vizepräsident der evangelischen Bundessynode jedoch kirchliches Vertrauen und schien von daher besonders geeignet, die Nachfolge Göttings anzutreten. Zuletzt hatte er durch den kritischen Artikel „Die Bundessynode und die brennenden Fragen“, der am 18. Oktober erschien, auf sich aufmerksam gemacht.⁷⁵ Götting erklärte am 2. November offiziell seinen Rücktritt und Heyl übernahm kommissarisch die Leitung der Partei.

Nach dem Wechsel an der Parteispitze avancierte die CDU nun „rasch zur Vorreiterin der Reformbestrebungen unter den Blockparteien“.⁷⁶ Bereits einen Tag nach Göttings Rücktritt verlangte die CDU-Fraktion der Volkskammer die sofortige Einberufung der Volkskammer und forderte die Regierung auf, die Vertrauensfrage zu stellen. Angesichts des Unmutes über die Kommunalwahlen gelte es nun, ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten und die Kommunalwahlen zu wiederholen.⁷⁷ Offen verkündetes Ziel der CDU war nun eine demokratische Reform des Sozialismus. De Maizière erklärte am 6. November 1989 in der „Neuen Zeit“, die DDR brauche endlich „einen Sozialismus, der diesen Namen wirklich verdient“. Nicht der Sozialismus sei am Ende, so de Maizière einige Tage später, sondern „seine administrative diktatorische Ver-

73 Ministerium für Staatssicherheit. Streng geheim! Nr. 487/89. Berlin, den 2.11.89: Information über einige beachtenswerte Aspekte der aktuellen politischen Lage in den befreundeten Parteien (BStU, ZA, ZAIG 3750, Bl. 14–21). Zit. in: *Materialien der Enquete Kommission*, Bd. VII, 2, S. 1548 f.

74 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. März 1991.

75 Vgl. Lothar de MAIZIERE (wie Anm. 1), S. 58 f.

76 Siegfried SUCKUT, *Vom Blocksystem zur Konkurrenz. Zum Wandel der ehemaligen Blockparteien in der DDR seit dem Herbst 1989*, in: Ilse SPITTMANN/Gisela HELWIG (Hg.), *Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen. Dreiundzwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 5. bis 8. Juni 1990*, Köln 1990, S. 131.

77 Vgl. Hannes BAHRMANN/Christoph LINKS, *Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989. Eine Chronik*, Berlin 1990, S. 81.

zerrung“.⁷⁸ In zahlreichen weiteren Stellungnahmen setzte sich der am 10. November zum neuen Vorsitzenden gewählte de Maizière⁷⁹ bis zum Sonderparteitag der CDU im Dezember 1989 immer wieder für einen demokratisch erneuerten Sozialismus ein. Am 19. November 1989 nannte er den Sozialismus „eine der schönsten Visionen menschlichen Denkens“.

Auch die Bezirks- und Kreisverbände der CDU schlossen sich nach dem Führungswechsel dem neuen Kurs einer Demokratisierung der Gesellschaft an, lehnten aber die sozialistischen Bekundungen der Parteiführung teilweise ab. In der Dresdener Stadtverordnetenversammlung erklärte die CDU-Fraktion bereits am 26. Oktober den Auszug aus dem Demokratischen Block.⁸⁰ Das Bezirkssekretariat der CDU in Erfurt forderte am 14. November 1989 die Herstellung der Eigenständigkeit des Bezirkstages als höchstem gewählten Machtorgan des Bezirkes und eine „selbständige und unabhängig von Parteiinstanzen praktizierte Machtausübung“. Die CDU kündigte für die nächste Sitzung an, als Fraktion aufzutreten und forderte vom Ratsvorsitzenden die Akzeptierung von Fraktionsbildungen, rechtzeitige Information der Abgeordneten, Wahl einer unabhängigen Tagungsleitung, die Bildung eines Beschwerdeausschusses, die Anrede aller Abgeordneten als „Abgeordnete“, eine einheitliche Pausenversorgung, ein Ende der Bevorzugung der SED im Bezirkstag und eine Revision des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985. Zu seiner Sitzung am 17. November trat der Bezirkstag Erfurt bereits fraktionsweise an.⁸¹ Die CDU-Fraktion erklärte, dass sie den „Block“ nicht mehr als Plattform der Zusammenarbeit ansehe und das Einstimmigkeitsprinzip nicht mehr akzeptiere.⁸²

Ähnlich, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, lief die Entwicklung nun fast überall ab. Dass es sich bei den Forderungen der CDU nicht um leere Worthülsen, sondern um konkrete Schritte hin zur angestrebten politischen Mitarbeit handelte, zeigten die vom Amt für Nationale Sicherheit registrierten „Anstrengungen zur Schaffung einer Kaderreserve“ der CDU, die bis Ende November 1989 unternommen wurden, um auch auf unterer staatlicher Ebene (Bezirk, Kreis, Kommunen) Positionen durch CDU-Abgeordnete besetzen zu können.⁸³

78 *Neue Zeit* vom 18. November 1989.

79 Vgl. *Neue Zeit* vom 11. November 1989.

80 Vgl. Horst KORBELLA (wie Anm. 46), S. 11.

81 Schreiben des Bezirksvorsitzenden der CDU Erfurt, Schnieber, an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Erfurt, Swatek, vom 14. November 1989 (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar [ThHSTA], 041494).

82 Rat des Bezirkes Erfurt. Der Sekretär: Hinweise, Vorschläge und kritische Bemerkungen aus der Diskussion der 16. Tagung des Bezirkstages, ihre Klärung, Entscheidung sowie Beantwortung. Abg. B. Schnieber (CDU). Erfurt, 23.11.1989 (ThHSTA 041492).

83 Bezirksamt für Nationale Sicherheit Halle, Abteilung XX: Einschätzung zur politisch-operativen Lageentwicklung. Halle, 24. November 1989 mü-ki. Gez. i.V. Steffen, Major, Gröger, Oberst, Leiter der Abteilung, in: *Keine Überraschung zulassen! Berichte und Praktiken*

Bei der vom 20. bis 22. November in Burgscheidungen tagenden Hauptvorstandssitzung kam es zu heftigen Debatten darüber, ob der Sozialismus noch ein tragfähiger Begriff für die zu erneuernde Gesellschaft sei. Bei einer Abstimmung im Plenum forderte die Mehrheit der Hauptvorstandsmitglieder, auf den Begriff „Sozialismus“ zu verzichten. Ein Bericht des AfNS über die Sondersitzung des Hauptvorstandes der CDU in Burgscheidungen spiegelt diesen Konflikt wider. Hier hieß es, es gebe unter den Mitgliedern „äußerst widersprüchliche Auffassungen zur weiteren Perspektive und Zielen der CDU“. Dabei zeichne sich eine Auseinandersetzung zwischen dem neuen Vorsitzenden, der an den humanistischen Traditionen der Partei festhalte, und jenen Mitgliedern ab, die eine stärkere Machtbeteiligung in Staat und Regierung fordern.⁸⁴

Da sich de Maizière mit seinen Vorstellungen durchsetzte, legte die CDU nach der Sitzung den Entwurf eines demokratisch-sozialistisch orientierten Programmpapiers vor, in dem ein Volksentscheid über eine neue Verfassung ohne Führungsanspruch einer Partei gefordert wurde. Der Hauptvorstand sprach sich für eine „Koalition der Vernunft und Verantwortung“ aus, die allen gesellschaftlichen Kräften offen stehen sollte. In einem zweiten Entwurf des Grundsatzpapiers „Position der CDU zu Gegenwart und Zukunft“ bekannte sich die CDU am 25. November erneut zu ihrer Mitschuld an den gesellschaftlichen Deformationen und sprach sich für eine humane und demokratische Gesellschaft, für einen „Sozialismus nach christlichem Verständnis“⁸⁵ aus. Die wesentliche Frontlinie in der CDU lief nun zwischen den Befürwortern einer demokratischen Reform des Sozialismus um de Maizière, der sich auf dieser Grundlage für freie Wahlen 1990 und für eine Konföderation aussprach,⁸⁶ und den sich an der Politik der westlichen Union orientierenden Reformkräften.

Unerwartet rief die SED über Nacht zum 28. November die Parteien und Massenorganisationen zu einer geheimen Sitzung des „Demokratischen Blockes“⁸⁷ zusammen. De Maizière stellte gleich bei der Eröffnung „einem

der Staatssicherheit in Halle bis Ende November 1989, hg. von Mitgliedern der Redaktion „Das andere Blatt“, 2. Aufl. Halle 1991, S. 117–121.

⁸⁴ Vgl. ebd.

⁸⁵ *Neue Zeit* vom 25. November 1989.

⁸⁶ Unterlagen der VIII. Tagung des Hauptvorstandes der CDU vom 20.–22.11.1989 in Burgscheidungen (ACDP VII-011-3506).

⁸⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll. Sitzung des Demokratischen Blocks am 28. Nov. 1989. Beginn: 14.00 Uhr (Bundesarchiv, Außenstelle Potsdam [BArchP], Akte z 3/32). Text in: Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen* (wie Anm. 7), S. 186–197; vgl. Stenografischer Bericht. „Demokratischer Block“ vom 28. November 1989. Zit. b. Uwe THAYSEN, *Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk?* In: ZParl 21 (1990) 1. Teil S. 71–100, 2. Teil S. 285–287.

Paukenschlag gleich⁸⁸ für die CDU den Antrag, „diese Sitzung als unsere letzte zu betrachten und von ihr an den Runden Tisch zu gehen“. Dieser schien ihm besser geeignet als der Block, die neue, gleichberechtigte Zusammenarbeit der demokratisch-sozialistischen Parteien zu demonstrieren und zu realisieren. Auch die anderen Parteien und Massenorganisationen bekundeten ihre Bereitschaft, sich an einem Runden Tisch zu beteiligen.⁸⁹ De Maizière warf der SED vor, das angeblich ursprüngliche Verständnis des Blocks als „Beratungs- und Entscheidungsorgan gleichberechtigter, eigenständiger politischer Kräfte“ unterminiert zu haben und trat für eine vollständige Selbständigkeit der Mitglieder des Blocks ein. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits zahlreiche CDU-Vorstände ihren Austritt aus dem Block erklärt und bereits dasselbe von der Parteiführung gefordert. Für die SED wies Krenz den Vorschlag zurück und erklärte, dass sich der Block in 40 Jahren Existenz der DDR bewährt hätte. Krenz forderte die Blockmitglieder auf, dem Vorschlag nicht zu folgen und stattdessen eine gemeinsame Position für den Runden Tisch festzulegen. Daraufhin unterstützten alle Parteien und Massenorganisationen – mit Ausnahme der CDU – das Anliegen der SED. Dennoch blieb dies die letzte Sitzung. Der 1945 ins Leben gerufene Block ging auch ohne einen Auflösungsbeschluss in den Wirren der kommenden Ereignisse sang- und klanglos unter.

„Die entscheidende Zäsur“⁹⁰ in der Entwicklung der CDU während der friedlichen Revolution stellte ihr Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 dar. Die in Urwahlen demokratisch gewählten 800 Delegierten des Sonderparteitages beschlossen eine neue Satzung und wählten einen neuen Parteivorstand. Unter dem Druck der Mitglieder, die zum überwiegenden Teil jede Form eines Sozialismus ablehnten, aber auch um die CDU nicht als im Parteienspektrum weiter links stehend als die Sozialdemokratische Partei (SDP) erscheinen zu lassen,⁹¹ revidierte de Maizière auf dem Parteitag überraschend seine prosozialistische Haltung und strich unter tosendem Beifall den Sozialismus als „leere Hülse“⁹² aus dem Vokabular der CDU. Stattdessen bekannte sich die CDU nun zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, zur parlamentarischen Demokratie und zur Einheit der deutschen Nation. Auch der Vorsitzende der Exil-CDU der SBZ, Siegfried Dübel, gratulierte de Maizière zu dessen Wahl. Erstmals habe die CDU in Mitteldeutschland seit der Absetzung Jakob Kaisers wieder einen „legalen Vorsitzenden und legitimen Sprecher“.

88 Manfred GERLACH, *Mitverantwortlich* (wie Anm. 60), S. 338.

89 Brief von Lothar de Maizière an Martin Ziegler vom 28. November 1989 (BArchP A-3 I Bl. 21f.)

90 Ute SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 48.

91 Vgl. Siegfried SUCKUT, *Vom Blocksystem* (wie Anm. 76), S. 131.

92 *Union teilt mit*, Heft 1/1990, S. 2.

Die politische Verpflichtung der Exil-CDU, für die christlichen Demokraten in Mitteldeutschland zu sprechen, ende mit der Wahl de Maizières.⁹³

Binnen weniger Wochen und Monate hatte die CDU die ihr aufgezwungene Rolle als Blockpartei und Transmissionsinstrument der SED-Diktatur abgeschüttelt, die alte, SED-hörige Führung weitgehend entmachtet und sich in einem Prozess innerparteilicher Demokratisierung, organisatorischer Umstrukturierung und programmatischer Profilierung von der Basis her erneuert. Getragen wurde dieser Prozess von den Mitgliedern, die ihre politischen Überzeugungen in der Hoffnung auf eine Veränderung der Verhältnisse seit Jahren und Jahrzehnten „gewissermaßen geparkt und quasi stillgelegt hatten“⁹⁴ und die nun die Möglichkeit der friedlichen Revolution nutzten, ihre christlich-demokratischen Ideen zu reaktivieren. Möglich wurde die rasche Erneuerung der Partei dadurch, dass sich unter den Mitgliedern seit der Gleichschaltung der CDU ein kritisches Potential erhalten hatte, das die SED-Diktatur ablehnte und seit Beginn der Gorbatschowschen Reformpolitik begann, die Eigenständigkeit der CDU durch kritische Diskussionen und programmatische Überlegungen vorzubereiten. Die damit einhergehende Entmachtung der alten, SED-hörigen Führungsclique um Gerald Götting im Verlauf des Herbstes 1989 aber war ein wichtiger Bestandteil der Zerschlagung der SED-Diktatur im Rahmen der friedlichen Revolution und der daraus resultierenden Demokratisierung der Gesellschaft in der DDR.

Dokumente

Dokument 1: *Christlich-Demokratische Union, Präsidium des Hauptvorstandes. Vertraulich! Protokoll der 23. Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes am 9. Juli 1985*

[...] Die vier Jahrzehnte Existenz des Demokratischen Blocks haben bestätigt, dass die vor vierzig Jahren getroffene Entscheidung für das Zusammenwirken

93 Schreiben des 1. Vorsitzenden der Exil-CDU, Siegfried Dübel, an den Vorsitzenden der CDU Deutschlands in der DDR, Lothar de Maizières, vom 17. Dezember 1989 (ACDP VII 010–3522). Zur weiteren Entwicklung der CDU bis zum Vereinigungsparteitag vgl. Michael RICHTER, *Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990*, in: Michael RICHTER/Marin RISSMANN, *Die Ost-CDU* (wie Anm. 3), S. 235–251.

94 So Peter Joachim LAPP, in: *Protokoll der 22. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 11. Dezember 1992 in Bonn*, in: *Materialien der Enquete Kommission*, Band II, 1, S. 295.

aller demokratischen Kräfte richtig war. Sie gehört zu den Voraussetzungen für die gemeinsam erbrachten Leistungen, die unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat heute zu einem international geachteten Staat haben werden lassen, der zu einem Garanten des Friedens in Europa geworden ist. Mit der in den zurückliegenden Jahrzehnten gewachsenen Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei hat sich für die christlichen Demokraten in der DDR eine ständig zunehmende Mitverantwortung ergeben, die auch künftighin große Perspektiven für eine schöpferische Mitarbeit an der weiteren Gestaltung unserer entwickelten sozialistischen Gesellschaft bietet. In diesem Zusammenhang verweist Götting auf die vielfältigen Möglichkeiten, die sich dabei jetzt aus einer initiativreichen Mitarbeit an der Volksbewegung im Vorfeld des XI. Parteitag-tes der SED ergeben. Die 10. Tagung des Zentralkomitees hat die entscheidende Etappe dafür eingeleitet. Vor allem die richtungweisende Rede Erich Honeckers bietet eine gute Grundlage für die politisch ideologische Arbeit. Die Mitglieder des PHV stimmen in der sich anschließenden Aussprache den Ausführungen Göttings voll inhaltlich zu. [...]

Quelle: ACDP VII-010-3092.

Dokument 2: In unzerstörbarer Bündnispartnerschaft. Grußadresse des Hauptvorstandes an den XI. Parteitag der SED vom 17. April 1986

Sehr verehrter, lieber Freund Erich Honecker! Werte Delegierte! [...] Ihr Parteitag ist uns willkommener Anlas, der Partei der Arbeiterklasse herzlich für das gute Miteinander zu danken, das uns im Block und in der Nationalen Front in der täglichen Arbeit verbindet. Insbesondere danken wir Ihnen, lieber Freund Erich Honecker, dass Sie immer wieder auf freimütige, freundschaftliche Art den Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit den Vorsitzenden der befreundeten Parteien führen. Solche Gespräche waren und sind für uns stets eine wichtige Hilfe. Diese Einheit von Führungsrolle und Bündnispolitik der SED, dieses gemeinsame Vorangehen unserer Parteien in der gemeinsamen Verantwortung für das Ganze betrachten wir als eine der kostbarsten Errungenschaften unserer sozialistischen Gesellschaft, auf der ihre politische Kraft und Dynamik wesentlich beruhen. Immer stärker spürt jeder Bürger die verfassungsgemäße Gleichberechtigung und Gleichachtung, unabhängig von Weltanschauung oder Religion. Dadurch wächst sein Vertrauen in die Staatspolitik und steigt sein Leistungswille, sie zu unterstützen. [...] Als Mitglieder einer Partei, die Treue zum Sozialismus, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft des Sozialismus und Freundschaft zur Sowjetunion zu den unverrückbaren Leitlinien ihres politischen Denkens und Handelns erhoben hat, werden wir christlichen Demokraten, davon dürfen Sie, liebe Freunde, überzeugt sein – stets an Ihrer Seite stehen. Im Eintreten für

Sozialismus und Frieden, im Wirken für das Wohl des Menschen, bei der allseitigen Stärkung und planmäßigen Weiterentwicklung unserer Republik werden Sie in uns jederzeit verlässliche Mitstreiter finden. In freundschaftlicher Verbundenheit Gerald Götting, Vorsitzender der CDU.

Quelle: Dokumente der CDU. Band 12: 1981–1986. Ost-Berlin 1987, S. 300–302.

Dokument 3: *Christlich-Demokratische Union, Präsidium des Hauptvorstandes. Vertraulich! Protokoll der 28. Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes am 29. April 1986*

[...] Götting legt ausführlich dar, dass der XI. Parteitag der SED einen neuen, bedeutsamen Abschnitt in der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR eingeleitet hat. Seine Aussagen und Beschlüsse sind für unsere Republik, für die Angehörigen aller Klassen und Schichten, für die Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und Glaubensüberzeugung von großer, weitreichender Bedeutung. [...] Die führende gesellschaftliche Kraft, so führt Götting aus, hat Vorschläge zum künftigen Entwicklungsweg der DDR vorgelegt, die nun in Vorbereitung der Volkswahlen und im Zusammenhang mit der Diskussion über die Direktive zum Fünfjahrplan in den Mittelpunkt einer breiten Volksgespräche rücken. [...] Alle diese Aussagen und Beschlüsse des Parteitags, so legt Götting dar, haben das Vertrauen der christlichen Demokraten in die Politik der Arbeiterklasse bestätigt. Sie hat ein weiteres Mal gezeigt, dass sie ihren Aufgaben als führende Kraft unserer Gesellschaft mit Weitsicht und Tatkraft gerecht wird, und dass sich ihre führende Rolle untrennbar mit ihrer Bündnispolitik verbindet. [...] Heyl knüpft an Göttings Darlegungen an und unterstreicht den Charakter der SED als führungserprobte und bündnisoffene Partei, die sich den Massen zugewandt hat. Als Initiator und Beherrscher der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist sie den internationalen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik voll gewachsen. [...]

Quelle: ACDP VII-010-3093.

Dokument 4: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Bautzen. An: Parteileitung der CDU Berlin. Bautzen, 6. April. 1988. Informationsbericht 1/88*

[...] Die Aussagen des Parteitages bestimmten auch im ersten Quartal 88 weiterhin die Diskussion mit unseren Freunden. In allen 46 OG wurde mindestens

eine Versammlung mit diesem Thema durchgeführt. Dabei zeigte sich bis in die Gegenwart,

- dass die Mitglieder interessiert zuhören
- nach der stärkeren eigenen Meinung der Partei fragen
- offen und ohne Zurückhaltung sich kritisch zu Problemen der Zeit äußern.

In jedem Falle ist festzustellen, dass die Aussprachen lebhafter, aber ebenso die Fragen ungeduldiger geworden sind. [...] Nach der jetzigen Übersicht zeigt sich, dass ein großer Teil der Freunde aus der Tätigkeit als Abgeordnete ausscheiden will. Im wesentlichen gibt es dafür nur einen Grund:

- Wir sind müde an Beratungen teilzunehmen, die zu 80 % verlorene Zeit sind. [...] Hierbei spielt als Grund der Unzufriedenheit immer eine Rolle
- gefasste Beschlüsse werden nicht eingehalten oder durch Weisungen kreislicher Stellen zunichte gemacht. [...] In einer Versammlung in der Stadt Bautzen fand der Freund den meisten Beifall, der die Ansicht vertrat, dass der Staatsapparat bei uns weithin zum Hemmschuh der gesellschaftlichen Entwicklung geworden ist. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 5: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Sebnitz. An: CDU-Hauptvorstand, Abt. Parteiorgane Berlin. 30. Juni 1988. Bericht des KV Sebnitz zum II. Quartal 1988*

[...] In erster Linie spürte man in den JHV und vielen Gesprächen die echte Sorge unserer Freunde um die eigene Partei, dass die CDU wirklich präsent werde bei parteilosen Christen und alles tut, um dort bestehende Vorbehalte zur CDU abzubauen. Besonders vermisst man von unserer Zentrale wirkliche Eigenständigkeit und kritische Worte zu Fragen des Lebens in unserem Lande. [...] Auch haben unsere Mitglieder und parteilose Christen in Presse, Rundfunk und Fernsehen die aktive Dialogpolitik der LDPD mit der FDP verfolgt. Und dadurch kommt immer wieder der Fakt stärker zum Ausdruck, dass man Kontakte unserer CDU mit der CDU/CSU erwartet. [...] Weiter standen folgende politisch-ideologische Fragen im Mittelpunkt: [...] Die Notwendigkeit auch in unserem Lande sich mehr mit neuem Denken und Handeln nicht nur in der Außenpolitik, sondern notwendigerweise auch in der Innenpolitik zu befassen und wirklich auch die in den Gründerjahren unserer Republik festgeschriebenen sozialistischen Normen in allen Bereichen und im Zusammenleben der Menschen zu sichern. Gegenwärtig seien wir davon sehr weit entfernt. Dabei sei es notwendig, die Dinge und Probleme so offen anzusprechen und ihre Lösung in Angriff zu nehmen wie in der Sowjetunion. Gegenwärtig würde durch Unehrllichkeit, Bürokratismus, unsachgemäße Information, Nichtbeach-

tung der sozialistischen Demokratie und durch Nichteingehen auf Dinge, die unsere Menschen bewegen, verärgern und bedrücken, eine gefährliche Gleichgültigkeit geschürt. In diesem Zusammenhang werden auch immer Versäumnisse z.B. der Erziehung in Volksbildung und Jugendverband angeschnitten. Dabei geht es um Ehrlichkeit, Wahrheit und Aufrichtigkeit und keine Uniformierung von Meinungen nur um guter Noten willen.

- Zu unserer Wirtschaft (die ja schon lange nicht mehr positiv planmäßig verläuft) und zu anderen Bereichen ist man der Meinung, der nichtproduktive Sektor hätte in den letzten Jahren immer mehr und unvertretbar zugenommen. Zudem würden Kompetenzstreitigkeiten (zu viele reden in alle Dinge hinein) bei der Leitungstätigkeit z.B. in den Betrieben viele Probleme schaffen und auch dazu führen, dass keiner mehr Verantwortung übernehmen will. Die Aufgabenbereiche der Betriebsleitungen, BGL und BPO müssten strenger getrennt werden. Alle Freunde, die in der Wirtschaft tätig sind bestätigen uns, dass die Pläne nur nach Korrekturen und rein finanziell erfüllt werden. Unsere Wirtschaft könne so wie bisher nicht mehr weiter betrieben werden. Über Jahre hätte man sich etwas vorgegaukelt und wäre gleichzeitig immer weiter in Verzug geraten.
- Weiterhin ist man mit den nur positiven Berichterstattungen zu innenpolitischen Fragen unserer Medien nicht einverstanden, weil unsere Menschen im Alltag etwas ganz anderes erfahren und erleben. [...] Besonders darf sich eine politische Partei nicht nur auf NF-Arbeit mit Hacke und Schaufel eingrenzen lassen, sondern ihr muss auch echtes politisches Mitspracherecht in allen Fragen gewährt werden. [...]

Die Vorbereitung der Kommunalwahlen spielt bei uns eine wichtige Rolle. Wir hatten erwartet, dass viele Freunde im Verlauf der Vorbereitung und Durchführung der JHV ihre Bereitschaft zur Kandidatur abgeben würden. Doch leider müssen wir feststellen, dass es sehr schwer ist, die Freunde zur Abgeordnetentätigkeit zu überzeugen. Die bisherigen Abgeordneten sind nicht mit ihrer bisherigen Tätigkeit zufrieden, weil sie immer mehr nur zum „Handheben“ gebraucht würden, aber echt gar keine Möglichkeiten hätten, die Politik im Territorium im Interesse der Bürger mitzubestimmen. Ähnlich sieht es mit der Bereitschaft zur NF-Mitarbeit aus. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 6: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Bautzen. An: Parteileitung der CDU Berlin. Bautzen, 27. Juli 1988. Informationsbericht 2/88*

Die Arbeit des Sekretariats und des Kreisvorstandes konzentrierte sich im Berichtszeitraum, neben den Aufgaben die sich aus dem Rahmenarbeitsplan für das 1. Halbjahr 1988 ergaben, auf folgende Schwerpunkte: [...]

- Gewinnung von Abgeordneten für die Wahl 1989. Obwohl hier der größte Teil feststeht, gibt es nicht wenige Schwierigkeiten. Das „Nicht-mehr-Weitermachen-wollen“ hat nur eine Hauptursache: Wir sehen zu wenig Ergebnisse in der Arbeit als Abgeordnete. Diese Ansicht konzentriert sich auf die Städte und größeren Landgemeinden. Meinung eines bisher sehr aktiven Abgeordneten in Bautzen: „Ich schäme mich vor einer Rechenschaftslegung vor den Wählern.“ Über 3 Jahre hat der Abgeordnete mit den Bürgern seiner Straße über die Rekonstruktion der Häuser und die zeitlich erforderliche Umsiedlung gesprochen. In dieser Zeit ist die Rekonstruktion über 6 Häuser nicht hinausgekommen. Jetzt kann niemand sagen, ob und wann jemals weitergemacht wird. Nur der Plan sieht die Fortführung vor.

Wir haben wiederholt auf den baulichen Verfall des Altstadtkerns von Bautzen hingewiesen und fragen uns, in Vorbereitung der Wahlen 1989, wie hier ein Abgeordneter noch glaubhaft vor seine Wähler treten kann. Der Kreis Bautzen besitzt mit einem Leistungsvolumen von 16 Millionen Bauhauptleistungen einen der leistungsfähigsten Baubetriebe in der Republik. Seit 3 Jahren tätigt dieser Betrieb im Altstadtbereich Bauleistungen von ganzen 500 TM. Seit 1985 wurde nicht eine einzige Reko-WE im Innenstadtbereich fertiggestellt (!). Das ist der klägliche Rest, der nach bezirklichen Festlegungen übrig bleibt und der „Erhaltung“ eines durch die UNESCO festgelegten Flächendenkmals dient. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 7: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Grevesmühlen. An: CDU Bezirksverband Rostock. 3. August 1988. Betreff: Informationsbericht – August 1988*

[...] Neben den mit der IV. HVS verbundenen Problemen findet in der gesamten Bevölkerung die XIX. Parteikonferenz der KPdSU, vor allem die Rede des Generalsekretärs Gorbatschow, großen Widerhall. Sehr viele Unionsfreunde sowie uns nahestehende Bürger begrüßen die kritische Gesellschaftsanalyse und den Kurs der Umgestaltung. Sie fordern, dass auch bei uns bestehende Probleme offen angesprochen und Wege zu deren Veränderung gesucht wer-

den sollten. Bei uns werde alles nur positiv dargestellt – die Praxis sehe aber fast in allen Fällen völlig anders aus. In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf die seit Jahren bekannten Diskrepanzen in der Bereitstellung von Konsumgütern, Ersatzteilen und Baustoffen hingewiesen. Wiederholt habe das ZK der SED, die Volkskammer und der HV der CDU auch dazu offen Stellung genommen und Veränderungen in Aussicht gestellt – geändert habe sich aber nichts. [...] Bei der Einschätzung des Erreichten gibt es global Zustimmung – im Detail aber vielfältige Anfragen. So äußern viele Ufr. ihr Unverständnis zur Situation in der Versorgung der Betriebe mit Ersatzteilen, Material und Zubehör sowie der Bevölkerung mit Konsumgütern, Ersatzteilen, Baustoffen, bestimmten Nahrungs- und Genussmitteln. So berichtete z.B. Ufr. Schier, Vorsitzender der PGH „Hans Sachs“ Grevesmühlen darüber, dass im 1. Halbjahr ein Minus in der Konsumgüterproduktion zugelassen werden musste, weil Sesselgestelle, Standfüße und Schrauben nicht bereitgestellt wurden. Unsere Ufr. in der Landwirtschaft klagen sehr über nicht einsatzbereite Traktoren, Mähdrescher und weitere Landmaschinen, weil Ersatzteile nur ungenügend bereitgestellt werden. Besonders unsere Eigenheimbauer, aber auch viele weitere Bürger beklagen sich über nicht erhaltbaren Zement und Zementprodukte, wie Hohlblocksteine, Deckendielen u.a. Diesen Freunden ist oft nicht zu erklären, warum diese Mängel bestehen, die z.T. monatelange Stillstandszeiten zur Folge haben. Weitere Versorgungsfragen sind die Bereitstellung von Edelfleischteilen, inländ. Filterzigaretten, billigen Weinbränden, Ersatzteilen im Haushalt und Kfz-Bereich, Techn. Konsumgütern, Schuhen und Bekleidung. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/3.

Dokument 8: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Großenhain. An: Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU Berlin. 30. August 1988. Informationsbericht zum III. Quartal 1988*

[...] Seit Monaten werden in immer stärkerem Maße in den Beratungen unserer Ortsgruppen, im Kreisvorstand und wie wir zuverlässig informiert sind auch in weiteren Kreisen unseres Bezirksverbandes politische Diskussionen geführt, die in ihrer Tendenz ein wachsendes Unbehagen bzw. eine kritische Haltung zum Erscheinungsbild unserer Partei ausdrücken. Die dabei geäußerten Fragen und Argumente sind breit gefächert und betreffen praktisch alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens und Wirkens. Besonders wird kritisiert, dass die Parteiführung zu bestimmten Informationen bzw. politischen Ereignissen entweder überhaupt nicht reagiert oder ohne eigene Meinung. Diese besorgniserregende Feststellung kann uns natürlich nicht gleichgültig bleiben und ist uns sowohl Verpflichtung wie unmittelbarer Anlas, dem Hauptvorstand auf direktem Wege dazu nähere Informationen zuzuarbeiten. [...]

Zu einigen konkreten Argumenten und Fragen: Bei aller Vielfalt der Äußerungen dominiert eindeutig die Kritik am derzeitigen öffentlichen Auftreten unserer Partei, mit der Feststellung, dass unsere Partei praktisch in keiner einzigen Frage eine eigene, von der der SED abweichende Meinung vertritt, obwohl es dazu immer wieder reichlich Gelegenheiten gab. Dabei wird auf solche Vorgänge verwiesen, wie die staatlichen Eingriffe bei einigen Kirchenzeitungen nach Landessynoden, auf die nach wie vor stattfindende Erziehung zum Hass und die vormilitärische Ausbildung in unseren Bildungseinrichtungen, auf die rechtlich sehr bedenkliche Praxis staatlicher Organe bei der Ablehnung von Anträgen unserer Bürger auf Besuchsreisen in die BRD ohne Begründungen u.a.m., alles Probleme, wo unsere Partei eine Klarstellung, entsprechend unserem Verständnis von Meinungsfreiheit, Friedenspolitik, Rechtssicherheit und Demokratie nicht unterlassen dürfte.

Unsere Parteipresse schweigt zu diesen Ereignissen oder gibt die Meinung des „ND“ wieder. Mit dieser Informationspolitik und Selbstdarstellung unserer Partei sind unsere Freunde absolut nicht mehr einverstanden. In den Diskussionen dazu werden u.a. solche Meinungen erhoben wie: „Die CDU ist eine Satellitenpartei der SED“, „die CDU ist eine reine Mitläuferpartei“, „die CDU hat keine eigene Meinung und damit völlig überflüssig“ u.a.m. Noch herbere Worte hören wir vor allem bei Gesprächen mit christlichen Bürgern, die wir für unsere Partei gewinnen wollen. So die Frage: Was unterscheidet die CDU von der SED? [...] In diesem Zusammenhang gehen die Fragen weiter, wie etwa: Wo steht geschrieben dass alle Bürger und somit auch alle Parteien zu allen Fragen der Politik, der Kultur, der Wirtschaft usw. immer eine Meinung haben müssen? Ist es denn noch immer nicht allen genug bewiesen, dass das eine völlig falsche Vorstellung vom Wesen eines demokratischen Systems ist und dass die Meinungsvielfalt, Kritik und der Streit um den rechten Weg unserer weiteren Entwicklung fruchtbar ist und die gesamte Menschheit seit Jahrtausenden gefördert hat? Als Kronzeuge wird dabei immer öfter M. Gorbatschow angerufen, der von der Notwendigkeit des „Meinungspluralismus“ spricht, um die „Stagnation“ und die „Bremsmechanismen“ zu überwinden, was sind das anderes als Reformen?

Die Fragen gehen weiter: Kann man sich ein Staatswesen vorstellen, ohne das ständige Bemühen um Reformen? Ohne Reformen kommt es zu den zuvor genannten Erscheinungen mit den bekannten, frustrierenden Auswirkungen auf die Menschen. Es wird dabei durchaus realistisch beachtet, dass die Machtverhältnisse in unserem Staat zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Partei geklärt sind, was aber keineswegs bedeuten kann, dass es andere Meinungen und Vorstellungen zu bestimmten Fragen als die der SED nicht geben darf. Neben diesen Grundsatzfragen werden natürlich weitere Fragen und Sorgen diskutiert. Auch hierzu eine Auswahl mit wenigen Worten der Erläuterung:

- Die seit dem Bestehen unseres Staates permanenten Versorgungsprobleme, die wir mit unserer Wirtschaftsplanung nicht zu lösen vermochten. Dabei reicht die Palette von fehlender Kinderbekleidung über die Obst- und Gemüseversorgung bis zum leidigen Problem Autoersatzteile, ganz zu schweigen von den völlig ungerechtfertigten Versorgungsstufen von Berlin bis zum kleinen Dorf, von den Wartezeiten bei hochwertigen Industriewaren (PKW) und den rapide steigenden Preisen für diese Waren.
- Die sozialen Fragen, wie Rentenhöhe und Mindestrente, Lebensarbeitszeit und Wochenarbeitszeit, Steuergerechtigkeit (so zahlen die Genossenschaftsbauern nur einen Bruchteil von Grundsteuern, keine Lohnsteuern usw. im Gegensatz zu den Arbeitern und Angestellten) und nicht zuletzt das Gesundheitswesen, von dessen einstigem Glanz nichts mehr zu sehen ist. Dazu der Volksmund: „Wir haben das beste Gesundheitswesen, doch wehe dem der krank wird!“
- Im Dienstleistungsbereich nicht zu übersehende Engpässe, so beim Antrag um die Installation eines Telefons, bei der Energieversorgung, im Bereich Gastronomie usw.
- Im Bereich des Verkehrs- und Straßenwesens, die Buslinien sind auf das Niveau von 1950 reduziert, der Zustand der Autobahnen ein Bild des Jammerns und letztlich die Reichsbahn mit Reisegeschwindigkeiten wie vor 50 Jahren.
- Ein besonderer Stein des Anstoßes ist für viele Freunde die ständig wachsende „Arroganz der Macht“ vieler Funktionäre und die Diskriminierung unserer Freunde in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens, eine Tendenz, die bis in die obersten Gremien und Organe unseres Staates wirksam und sichtbar ist. [...] Einige von uns sind nach über 40-jähriger Mitgliedschaft im Rentenstand, unser Bemühen ist, wie in allen den vergangenen Jahrzehnten auf das ständige Wachstum unserer Partei, auf die möglichst starke Mitbestimmung bei der weiteren Gestaltung unseres Staates und der Lebensbedingungen für unsere Menschen gerichtet. Viele von uns haben in allen diesen Jahren auch Kompromisse schließen müssen, das ist ein wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Ordnung. Es gibt aber Fragen, bei denen es die Selbstachtung erfordert, einfach nein zu sagen, sofern man nicht mitschuldig bei Fehlentwicklungen werden will. Das gebietet unsere Lebenserfahrung aus dem „tausendjährigen Reich“ und natürlich auch aus der Zeit des Neubeginns nach 1945. Wir bitten den Hauptvorstand, unsere Fragen und Meinungen zu prüfen und in seine Entscheidungen einzubinden. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 9: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Freital, 11. November 1988. An: Sekretariat des Hauptvorstandes Berlin. Berichterstattung IV. Quartal*

[...] Einen nicht zu übersehenden Faktor bei der z.T. negativen Meinungsbildung unter allen Teilen der Bevölkerung stellt der Preis des „neuen“ PKW-Wartburg 1.3 dar. Für sehr, sehr viele Bürger, die vor 17 (!) Jahren ihren PKW „Wartburg“ bestellt haben, ist es nahezu unmöglich, den auf über das Doppelte des damaligen Verkaufspreises angestiegenen jetzigen Preis zu begleichen. [...] Steigende Preise auch auf vielen anderen Gebieten, so bei Konsumgütern oder Textilien, beispielsweise Schuhen, die in einem sich immer vergrößern den Widerspruch zum Lohngefüge eines großen Teiles der Bevölkerung stehen, sind bei Diskussionen mit Bürgern, auch unseren Unionsfreunden, kaum noch mit Argumenten über stabile Preise für Grundnahrungsmittel oder gleichbleibende niedrige Mieten zu rechtfertigen. Ein weiteres großes Problem im gesamten Kreisgebiet stellt die Lösung der anstehenden Wohnungsfragen dar. Bedingt durch eine sehr hohe Altbausubstanz, die zum größten Teil nur noch abrisseif ist, sowie durch teilweise Stagnation des Wohnungsneubaus im Kreisgebiet wird es außerordentlich schwierig, bis einschließlich 1990 alle Wohnungsprobleme zu lösen. [...] Immer öfter werden wir von unseren Unionsfreunden, aber auch von parteilosen Bürgern über die z.T. mangelhafte Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs informiert. Ein voll berufstätiger Werktätiger ist kaum in der Lage, nach Feierabend aus dem ohnehin spärlichen Angebot noch etwas kaufen zu können, so dass er praktisch gezwungen ist, während seiner Arbeitszeit die Verkaufsstellen aufzusuchen, um am Abend nicht vor leeren Regalen zu stehen. Da dies natürlich nicht zu übersehende Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität der Betriebe hat, ist dann nur eine Folge. Ein weiterer Faktor mit negativem Einfluss auf die derzeitige Meinungsbildung sind die derzeit wieder praktizierten Einschränkungen im Reiseverkehr nach der BRD, so z.B. für Ehepaare und Ärzte. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die derzeitige Stimmung unter dem größten Teil unserer Unionsfreunde, wie fast unter der gesamten Bevölkerung als pessimistisch einzuschätzen ist. [...]

Besonders erwähnenswert sind in letzter Zeit die verstärkten Kontakte unserer Ortsgruppen, vor allem in ländlichen Gebieten, zu den Kirchgemeinden. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 10: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Sebnitz. An das Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abt. Parteiorgane. 15. November 1988. Bericht III. Quartal 1988*

[...] Absolut kein Verständnis gibt es weiter zu innenpolitischen Problemen über die wir bereits mehrfach berichtet haben. Dabei hat sich die Lage besonders durch folgende Ereignisse zugespitzt:

- die neue Valutaregelung,
- die Preise des Wartburgs,

die völlig ungerechtfertigten (bei unserer Lage) Schauveranstaltungen wie erst neulich das Pioniertreffen (kostet wohl ca. 160 Mill. Mark).

Wo blieb hier z.B. auch die sogenannte gute Bündnispolitik? Bei uns, so wird immer betont, wollte man eine klassenlose Gesellschaft errichten. Doch wie kaum woanders gibt es noch so viel Privilegierte mit Positionen, Beziehungen, Valutavermögen oder ungerechtfertigtem Einkommen. (Bei manchem kommt gleich alles zusammen). Aber auch das entsprechende Abzeichen wird dazu missbraucht, dass sich Menschen über andere heben wollen. Unsere Freunde spüren das in allen Bereichen und seien nur gefragt, wenn es um Einsätze mit Harke und Schaufel geht. [...] Auch Versorgungsfragen und Wohnungsprobleme und und tragen zu sich verbreitender Unzufriedenheit, Pessimismus, Resignation und Gleichgültigkeit bei. Unsere Menschen sind müde geworden, weil vieles zulange an ihnen vorbeigelaufen ist und ihre berechtigten Anliegen und Kritiken in der Vergangenheit nur zerredet worden sind. [...] Viele Fragen gibt es zur wirklichen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der CDU. Die „zu neuem Denken und Handeln“ aufrufenden wirklich guten Aussagen des 16. Parteitages der CDU würden verflachen, zumindestens was die Zentrale beträfe. Hier hätte die jahrelange stagnierende und monotone Sprücheklopfererei wieder Einzug gehalten, mit der an der Basis nicht viel anzufangen ist. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 11: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Großhain. An: Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU Berlin. 13. Dezember 1988. Informationsbericht zum IV. Quartal 1988*

[...] Ausgehend von den aktuellen Ereignissen werden weitere Fragen durch unsere Freunde sowie parteilose christliche Bürger diskutiert. So z.B.

- die von Erich Honecker im Bericht an die 7. Tagung des ZK der SED getroffene Feststellung, dass der Lebensstandard in der DDR „im Grunde genommen höher (ist) als der Lebensstandard der BRD“. Wenn sie diese Aussage mit den täglich auftretenden Problemen beim Einkauf bestimmter Nah-

rungs- und Genussmittel, von Erzeugnissen der Haushaltchemie, von Kinderbekleidung und -schuhen, von Ober- und Untertrikotagen für Damen und Herren sowie von Möbeln und Erzeugnissen der Heimelektronik vergleichen, dann fällt es ihnen schwer, eine Übereinstimmung von Theorie und Praxis zu finden. [...]

- Fragen des Gesundheitswesens. Kritik gibt es zu diesem wichtigen Bereich unseres Lebens insbesondere deshalb, weil die fachärztliche Betreuung im Kreis nicht den Anforderungen entspricht, z.B. in solchen Disziplinen wie Urologie, Augenheilkunde, Hautkrankheiten u.a. Bemängelt werden auch wochenlange Anmeldezeiten bei Zahn- und Fachärzten sowie die oft noch Monate dauernde Wartezeit auf Zahnprothesen. Auch die Termine für bestimmte Operationen sind unglaublich lang, sie betragen z.B. in unserem Bezirk bei Hüftoperationen 5 und mehr Jahre! [...]

Wenn auch nach wie vor unsere Freunde zu einigen Bereichen unseres Lebens eine kritische Haltung einnehmen, so leisten sie andererseits im Beruf, in unserer Partei, in den Volksvertretungen und Räten sowie in Kommissionen und gesellschaftlichen Organisationen eine engagierte Arbeit, um mit ihren Kräften dazu beizutragen, dass manche der kritisierten Erscheinungen möglichst bald positiv verändert werden. [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 12: Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Görlitz. An: Christlich-Demokratische Union, Sekretariat des Hauptvorstandes, Abtlg. Parteiorgane Berlin. 21. Dezember 1988. Quartalsbericht IV/88

[...] Trotz Gewinnung ausreichender neuer Kandidaten als Abgeordnete ist eine Unzufriedenheit zu ihrer persönlichen Wirkungsmöglichkeit nicht zu verkennen. Sie sehen sich in ihrem Wirkungsfeld zunehmend eingeschränkt; durch zentrale Beschlüsse, die örtlich dringliche Vorhaben stark einschränken oder unmöglich machen. Sie sehen sich zunehmend im Widerspruch zwischen der geforderten Wahrnehmung von berechtigten Bürgerinteressen und den objektiven Möglichkeiten. Sie kritisieren zunehmend, dass auch die Ratsmitglieder nicht in der Lage sind, verständliche Fragen echt zu beantworten bzw. sich nicht festlegen, bestenfalls „auf die Zentrale“ verweisen. Die 7. Tagung des ZK der SED ist erwartungsvoll verfolgt worden, weil man Antwort auf viele Fragen und Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung erwartete. Besonders die erste Berichterstattung der AK hat zu einer breiten Enttäuschung geführt:

- es höre sich so an, als sei alles in Ordnung;
- einziges Problem sei, dass wir mehr arbeiten müssten, also Voraussetzungen z.B. in der Materialbereitstellung, im Verkehrswesen usw. voll gegeben sind;
- wer so spricht, weiß entweder nicht um die Situation oder setze sich über alles hinweg.

Es darf nicht übersehen werden, dass es auch besonders sich für die sozialistische Ordnung voll einsetzende Funktionäre sind, die die gegenwärtige wirtschaftliche Situation mit zunehmender großer Sorge betrachten und ihre Fragen als nicht beantwortet bezeichnen. Diese Tendenz strahlt sichtbar auch von Genossen aus. Ähnliche Reaktionen gibt es unter Funktionären und Mitgliedern unserer Partei auch zur V. Tagung unseres Hauptvorstandes. „Es sei nichts Falsches gesagt, aber die mit großer Besorgnis von unseren Mitgliedern gestellten Fragen sind nicht beantwortet.“ Viel kritische Stimmen, auch aus dem kirchlichen Raum, gab es wiederum zur Form der Berichterstattung der AK zur Rede unseres Parteivorsitzenden. Es werde ständig aus seinen Reden immer das gleiche gebracht, nämlich: unsere Haltung zur Bündnispolitik und die Forderung, noch mehr für unsere Republik zu leisten. Funktionäre unserer Partei sehen in dieser Form geradezu eine Diskriminierung unseres Parteivorsitzenden und unserer Partei, „der man mit einer solchen primitiven Berichterstattung bescheinige, dass sie eigentlich nichts zu sagen habe“. Es wurden, teils sehr erregt, Fragen gestellt, wie lange sich unsere Partei und unser Parteivorsitzender eine solche billige Berichterstattung bieten lassen. [...] Ein breites Feld sind Meinungsäußerungen bzw. Fragen zur Innenpolitik bzw. Wirtschaftspolitik. Generell ist festzuhalten, dass die Diskussionen offensiver, zugespitzter geführt werden.

- Der Sozialismus verliere an Attraktivität, wenn die Entwicklung sich so weiterhin vollziehe.
- Der Bürger spüre immer weniger vom Ergebnis seiner Arbeit [...].
- Die Ersatzteilproduktion ist kontinuierlich schlechter geworden, wirke sich sowohl in der Industrie wie unter der Bevölkerung sehr negativ aus. In vielen Fällen wird zentral geradezu zur individuellen Ersatzteilproduktion aufgerufen. Soll das die Lösung sein?
- Fachleute fühlen sich zunehmend im Widerspruch zu zentralen Festlegungen.
- In der medizinischen Intelligenz ist eine pessimistische Stimmung weit verbreitet. Neben einer generell unbefriedigenden Situation in Görlitz (z.B. auf kulturellem Gebiet), der unzureichende Zustand der Bausubstanz des Bezirkskrankenhauses und anderer med. Einrichtungen usw. wird die sich ständig verschlechternde Versorgung mit Medikamenten, Verbandsmaterial, Einwegspritzen usw. nicht verstanden. [...]

Auf kirchenpolitischem Gebiet ist festzuhalten: Die Kontakte unserer Partei zur evgl. Kirche des Görlitzer Gebietes, einschließlich Konsistorium und Kirchenleitung sind beachtlich enger geworden. [...] Nicht akzeptiert wird die staatliche Haltung, keine Diskussion zu Volksbildungsfragen durchzuführen. Das sei nicht haltbar und wirke belastend. Man müsse sich z.B. fragen lassen, was unter „kommunistischer Erziehung“ zu verstehen sei, und man müsse sich staatlicherseits „zitierfähig äußern“ [...]

Quelle: ACDP Zentralbestand Ost-CDU, unverzeichnet.

Dokument 13: *Sekretariat des Hauptvorstandes. Vorlage für die Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU. Rahmenplan für die Arbeit der CDU im Jahre 1989*

[...] Unter dem Leitgedanken des 16. Parteitages „Parteiarbeit ist Dienst am Nächsten und am Frieden“ bereiten die christlichen Demokraten den 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vor. Dabei handeln sie nach der Erkenntnis: Was den Sozialismus stärkt, kommt dem Wohl der Mitmenschen zugute und macht zugleich den Frieden sicherer. So entsprechen sie gesellschaftlichen Konsequenzen christlicher Ethik wie den Erfordernissen unserer Zeit. So prägen sie den historischen Prozess tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen mit, der die entwickelte sozialistische Gesellschaft charakterisiert. [...] Parteiarbeit bei der weiteren Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse im 40. Jahr der DDR erfordert, in Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen die sozialistische Staatsmacht weiter zu stärken, die sozialistische Demokratie zu vertiefen, das bewährte Bündnis aller in der Nationalen Front vereinten politischen und gesellschaftlichen Kräfte zu festigen und das Bekenntnis aller Bürger zu der auf Friedenssicherung und Volkswohl gerichteten Politik unserer Republik auszuprägen. Aufgabe der Vorstände ist es deshalb, bei allen Mitgliedern folgende Überzeugungen zu vertiefen und Aktivitäten zu wecken:

- Die Verfassung unseres sozialistischen Staates garantiert vielfältige Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung für alle Bürger. Jeder einzelne ist, unabhängig von Weltanschauung oder religiöser Überzeugung, gleichberechtigt mit seiner Sachkenntnis und seiner Tatbereitschaft gefordert. Daraus erwächst die Aufgabe, staatsbürgerliche Rechte und Pflichten in vollem Umfang wahrzunehmen und die Vorzüge der sozialistischen Demokratie immer wirksamer zur Geltung zu bringen.
- Die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Parteien und Organisationen im Demokratischen Block und in der Nationalen Front erweist sich als unerlässlich für die weitere Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes der DDR. [...]

Quelle: ACDP VII-010-3394.

Dokument 14: *Christlich-Demokratische-Union, Kreisverband Rügen. Bergen, 28. Februar 1989. Informationsbericht an den Bezirksvorstand zum 5. März 1989*

[...] Bei all den guten Vorsätzen und Verpflichtungen, bei der positiven Bilanz des bisher Geleisteten, ist aber der Unterton der Unzufriedenheit über bestehende Unzulänglichkeiten unüberhörbar geworden. Sehr schwer wird es, wenn es darum geht, Antwort auf Fragen der Freunde zu finden, die über die Problemkreise „Bananenverkauf“ und „Ersatzteilversorgung“ hinaus in Regionen vorstoßen, die Grundsatzentscheidungen bedürften, zu deren Lösung bisher keine Schritte spürbarer Art zu erkennen sind. Die Freunde, die trotz vorhandener Versammlungs- und Organisationsmüdigkeit bereit sind, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, erkennen in der Art und Weise intensiver Beschäftigung mit realen Gegebenheiten in unserer Republik, dass bestehende Schwierigkeiten und Hemmnisse auf althergebrachtem Wege kaum noch zu meistern und zu überwinden sind. Dabei wird sehr oft die Subventionspolitik im Zusammenhang mit Industriepreisreformen, die Verschleierung einer ständig steigenden Tendenz in der Festlegung von Preisen, die über das Sortiment des Grundbedarfes hinausgehen und die Befürchtung von einschneidenden Maßnahmen nach dem Abschluss der Kommunalwahlen im Mai 1989 offen in die Diskussion mit einbezogen. [...]

Quelle: ACDP III-043-032/5.

Dokument 15: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Wolgast, 29. Juni 1989. An: Bezirksverband der CDU, Sekretariat Rostock. Informationsbericht per 5. Juli 1989*

[...] 1. Ausgehend von den politischen Entwicklungen in anderen sozialistischen Ländern wird das Wahlsystem in der DDR immer wieder diskutiert. Hierzu besteht die Meinung, dass unser Wahlsystem so geändert werden müsste, dass z.B. die Kandidaten mit den meisten Gegenstimmen als nicht gewählt gelten. [...]

2. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Themenbereiche: Friedenspolitik, Glaubensfreiheit, Lebensstandard und Rechte der Bürger. Die Aussagen zur Friedenspolitik sowie zunehmende Glaubensfreiheit in der DDR fanden die Zustimmung der Teilnehmer. Um so mehr wurde über den „steigenden Lebensstandard“ sowie zu den Rechten der Bürger diskutiert. Daraus ergaben sich folgende offene Fragen bzw. Probleme:

- Preisstabilität für Waren des Grundbedarfs.
 - Was sind Waren des Grundbedarfs?

- Ist es nicht auch Grundbedürfnis, sich zu kleiden, und wenn ja, wo gibt es diese preisstabilen Waren.
- Ist Haushaltchemie zum Grundbedarf der Bürger zu rechnen?
- Zu den Rechten der Bürger wurde bemängelt:
 - dass es so viele Gesetze gibt, dass der Bürger verwirrt wird.
 - Es wurden Beispiele genannt, wie unterschiedlich das Recht in der DDR angewendet bzw. ausgelegt wird.
 - Wie groß ist oft der Aufwand bis ein Bürger sein Recht verwirklichen kann?
 - Gleiche Rechte ohne Ansehen der Person wurde durch Beispiele widerlegt. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/1.

Dokument 16: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Grimmen. 3. Juli 1989. An den Bezirksverband der CDU Rostock. Information zum 5. Juli 1989*

[...] Mit besonderem Interesse werden die Vorgänge in Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der Sowjetunion verfolgt. Bleibt das bisherige enge Bündnis der sozialistischen Staatengemeinschaft erhalten? Wie sieht es mit der wirtschaftlichen Entwicklung aus? [...] Wo bleibt die Überlegenheit des Sozialismus? Die Argumente, mit denen wir gegenzuhalten versuchen, werden von vielen Bürgern belächelt. Auch sind die Wahlen noch in Erinnerung, wo es negative Erscheinungen beim Endergebnis gab, so dass die Zahlenveröffentlichungen als unrichtig empfunden werden. Man sollte ehrlich sein, dann würde die Wahl glaubhafter erscheinen. [...]

In der Tierproduktion werden die Tiere laut Plan gehalten. In mehreren LPG will man weniger Tiere halten, weil die Ställe den Anforderungen in keiner Weise gerecht werden. Über Jahre wurden keine Werterhaltungen durchgeführt, noch war ein Neubau möglich. Die LPG hat genügend Geld, um bauen zu können, kommt aber nicht in die Bilanzierung rein. Außerdem steht das Arbeitskräfteproblem, so dass die Leiter fast täglich, auch am Wochenende, im Stall mitarbeiten, z.T. auch ganz alleine dastehen. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/4.

Dokument 17: *Auszüge aus Informationsberichten der Bezirks- und Kreissekretariate*

BV Schwerin (15. Juli 1989): [...] Konkreter erwarten unsere Unionsfreunde von unseren HV-Tagungen das Aufzeigen des eigenen politischen Profils, wel-

ches auch u.a. durch Konstruktivität und Einflussnahme auf Veränderbares wirksam wird. Hier wird auch wieder die Frage nach dem eigenständigen und schöpferischen Anteil unserer Partei aufgeworfen. Globales Anzeigen, wie sie sagen, des Mittuns wird als unzureichend ausgewiesen. Wären wir besser in der Lage zu zeigen, wo ganz gezielt unsere Mitarbeit einfließt, wären größere und qualitativere Möglichkeiten in der Ausstrahlungskraft und Mitgliedererwerbung vorhanden. Verschiedentlich wird das eigene politische Profil auch stärker in unseren Presseorganen gefordert. Da treten Fragen auf zur Einflussnahme auf die Ökologie, die Ökonomie und auf eine eigene Bewertung außereuropäischer Ereignisse. Insgesamt ist festzustellen, dass unsere Freunde und parteilose Christen sensibler auf Informationen und Meldungen unserer Parteipresse reagieren, insbesondere dort, wo zum Teil noch sehr pauschale Wertungen erfolgen und der Bezug zur politischen Realität nur bedingt hergestellt wird.

BV Suhl (15. Juli 1989): [...] Es gibt unter unseren Mitgliedern und parteilosen Christen große Vorbehalte hinsichtlich der Einschätzung der Ereignisse in China und über die Berichterstattung in unserer Parteipresse. Missverständnisse wurden auch dadurch ausgelöst, dass auf Grund der Überschriften in den Zeitungen bei den Berichten über die 9. Tagung der Volkskammer der Eindruck entstanden ist, als habe Gerald Götting die Erklärung der Volkskammer zu den Ereignissen in der VR China eingebracht. Abgesehen davon fragen unsere Freunde, warum die CDU nicht auf einer differenzierteren Darstellung bestanden hat. [Ähnliche Meinungen enthalten die Berichte der BV Leipzig, Neubrandenburg, Halle und Gera.]

BV Erfurt (15. August 1989): [...] Eine Reihe unserer Freunde hat in den Materialien der VI. Tagung des Hauptvorstandes eindeutigere Aussagen zu diesen Problemen (China, Polen, Ungarn, UdSSR u.a.) erwartet. Sie sind der Meinung, dass es richtig ist, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, es aber durchaus legitim und wirksam erscheint, diese Entwicklungen, die ja in hohem Maße auch unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen können, nicht nur zu beobachten, sondern zu werten und unsere Mitglieder über mögliche Konsequenzen aufzuklären. Unsere Freunde halten zur Problematik der Umgestaltung den Hinweis, dass wir in der DDR ja schon seit Jahren Reformen, besonders seit dem VIII. Parteitag der SED, durchführen, für eine völlig unzureichende Antwort. Sie sind der Auffassung, Prozesse des Umdenkens und Umgestaltens seien permanenter Natur und müssten alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassen.

Angesichts der vielfältigen Probleme in unserer Wirtschaft und des oft unzureichenden Warenangebotes, sehen viele Freunde die Erfolgsmeldungen unserer Massenmedien als Versuch an, die Probleme zu vertuschen. Diese „Informationspolitik“ – hier ist auch die CDU nicht ausgenommen – ist nach Meinung unserer Freunde nicht geeignet, Leistungsreserven zu erschließen.

BV Magdeburg (15. August 1989): [...] Allgemein kann festgestellt werden, dass sich unsere Mitglieder der Orientierung stellen, die auf der VI. Tagung des Hauptvorstandes gegeben wurde. In der Meinungsbildung wird aber deutlich, dass gerade derart wichtige Beratungen mit mehr Interesse und auch neuen Maßstäben gewertet werden. So finden alle Aussagen, die unser außenpolitisches Wirken betreffen, vorbehaltlose Zustimmung. Aussagen zur Innen- und besonders Wirtschaftspolitik werden jedoch oft kritisch bewertet. Hier haben viele Mitglieder erklärt, dass sie mehr und mehr einen neuen Stil erwartet hätten. [...] Vorrangig auf der Ebene einiger Kreisvorstände und Ortsgruppen wurden die Aussagen über das ständig wachsende Vertrauensverhältnis diskutiert. Dabei wurde mit der Praxis vor Ort verglichen und wohl bestätigt, dass es positive Entwicklungen gibt, dass sich aber das, was auf zentraler und bezirklicher Ebene mit Selbstverständlichkeit an Miteinander vollzieht, auf örtlicher Ebene zu oft verloren geht. So heißt es z.B. im Bericht des KV Oschersleben: „Hier sitzen zumeist noch Leute in Leitungsfunktionen, die aus der Führungsrolle einen unabdingbaren Führungsanspruch ableiten. Dazu gibt es immer wieder neue Beispiele menschlicher Misskreditierungen, von denen auch Mitglieder unserer Partei nicht verschont werden.“ Grundsätzlich muss eingeschätzt werden, dass unsere Freunde nicht sehr viel Neues in den Aussagen der VI. Tagung gefunden haben. Der überwiegende Teil unserer Mitglieder bemerkte kritisch, dass besonders im Referat im Abschnitt ‚Möglichkeiten des Sozialismus immer wirksamer erschließen‘ kaum etwas gesagt wurde, was bei der Argumentation behilflich ist [...] Haben wir nicht den Mut, Fehler zuzugeben? Die Zeit drängt auch in unserer Republik, offene Fragen konkret zu beantworten. Es zeigt sich, dass Initiativen zurückgegangen sind bzw. Gleichgültigkeit sich breit macht oder Desinteresse [...]

Typische Meinungen sind auch folgende:

- Nicht Erfolgsmeldungen, Presse- und Fernsehinformationen, Appelle und Parolen prägen unsere Meinung, sondern unser Alltagsleben.
- Die politischen Reformkurse in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Staaten regen zum Nachdenken über die eigene Situation an und lassen Zweifel aufkommen über den wahren demokratischen Charakter unserer praktizierten sozialistischen Demokratie. Begriffe wie Führungsrolle der Partei der Arbeiterklasse, demokratischer Zentralismus, die Rolle der CDU und der anderen Parteien werden hinterfragt, und es wird geäußert, dass zur Demokratie auch der Widerspruch der Meinungen gehöre, der durch die bei uns praktizierte Widerspruchslosigkeit und völlige Ergebenheit in eine zentral geleitete Politik ausgeschaltet ist. Typisch ist nachstehende Einschätzung des Kreissekretariats Osterburg: Einige Freunde meinen, dass die DDR ebenso wie die UdSSR, Ungarn und Polen neue Wege zur Demokratie suchen sollte. Sie zweifeln zum Teil die Berechtigung der Führungsrolle der SED an und wünschen sich mehr Einfluss der mit ihr befreundeten Parteien.

Im Kreis Osterburg ist es gegenwärtig sehr schwierig, neue Mitglieder für die CDU zu gewinnen, andere Parteien haben diese Probleme ebenfalls. Die Stimmung unter der Bevölkerung ist nicht gut, viele Bürger haben den Eindruck, dass wir ökonomisch gesehen eine Rückwärtsentwicklung zu verzeichnen haben, andere meinen, dass es politische Veränderungen geben sollte. Bedenklich ist auch, dass viele Bürger eine abwartende Position einnehmen und sich völlig zurückhalten, sich nicht äußern und sich parteilich nicht binden möchten. Es häufen sich die Ausreiseanträge.

Quelle: ACDP VII-010-3529.

Dokument 18: *Kreisverband der CDU Greiswald. 1 September 1989. Informationsbericht für den Monat September*

[...] Um es ganz klar zu sagen: Der Bürger, der vergeblich nach einem der 1.000 kleinen Dinge sucht, der Schlange stehen muss oder gar noch unfreundlich und bürokratisch behandelt wird, ist kaum mit dem Argument zu besänftigen, dass die Friedenspolitik der DDR weltweit anerkannt wird. Die Bevölkerung ist größtenteils frustriert. Wie lange soll das noch gehen, wenn man Vertrauen gegen Vertrauen erhalten will! Die Preisdiskussion zum neuen „Trabant“ knüpft an das an, was wir bereits im letzten Jahr um die gleiche Zeit hatten – Kopfschütteln! [...] Es fällt uns gegenwärtig sehr schwer, neue Mitglieder zu gewinnen, es ist durchaus nachweisbar, dass eine Reihe von Gesprächen geführt wurde, aber letztlich die Entscheidung lange hinausgezögert wird. Immer wieder die Fragen: Was sagt die CDU dazu? Was sind die eigenständigen Beiträge der CDU? Hier tun sich unsere Medienorgane „Neue Zeit“ „Demokrat“ zumindest auf den ersten Seiten sehr schwer! Eine Verbesserung der Informationspolitik (lt. Parteitag) ist für außenstehende nicht erkennbar. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/2.

Dokument 19: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Rügen. Bergen, 3. September 1989. Information 5. September 1989*

[...] Im Vergleich der Presseerzeugnisse der CDU und der Kirche konnte in der OG-Versammlung in Göhren festgestellt werden, dass zu brisanten Themen der Standpunkt der Kirche klarer umrissen ist als das z. B. in der „Neuen Zeit“ zu lesen ist. Wir brauchen in unserer Presse keine Schönfärberei oder Unterschlagung von Problemen, vielmehr eine freimütige Diskussion über anstehende Probleme, in die jeder Unionsfreund und alle Bürger einbezogen sind, damit uns die Zukunft, in Gestalt der Jugend, nicht wegläuft. [...] Es wird immer schwieriger, Unionsfreunde vor dem Resignieren zu bewahren. Sollte die

politische Landschaft sich nicht bald ändern, wird auch in unserer Partei die Mitwirkungsmöglichkeit infrage gestellt, da auch vom Hauptvorstand eine Distanzierung nicht sichtbar wird. [...]

Quelle: ACDP III-043-032/5.

Dokument 20: *Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Grimmen. 4. September 1989. An den Bezirksverband der CDU Rostock. Information zum 5. September 1989*

[...] Viele Probleme, die die Bürger verärgern, sei es bei der Versorgung oder die Ersatzteilfrage, sind nicht erst seit gestern bekannt. Und es ändert sich nichts, trotz gefasster Beschlüsse oder anderer Kontrollmaßnahmen. Es wird viel produziert, was der Kunde nicht kauft, weil es nicht seinen Vorstellungen entspricht. Produktionsumstellungen dauern zu lange. Es kann eingeschätzt werden, dass unsere Menschen arbeiten wollen, Ausnahmen gibt es überall, aber nicht immer ist Material vorhanden. Schlechte Arbeit wird ebenfalls bezahlt, die Spanne des Lohnes im Verhältnis zur Qualitätsarbeit ist oft gar nicht vorhanden. Das ärgert natürlich die Werktätigen. Es wird auch noch zuviel Ausschuss produziert. Das Leistungsprinzip muss mehr durchgesetzt werden. Die Friedenspolitik unseres Staates kostet Geld, ebenso die Realisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, das sieht jeder ein, und trotzdem wünschen die Menschen nach 40 Jahren DDR etwas mehr für Ihre persönliche Ansprüche. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/4.

Dokument 21: *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Kreisverband Rostock-Land. An den BV Rostock. 5. September 1989. Informationsbericht zum 5. September 1989*

[...] In Vorbereitung des Kreistages zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem im Kreis wurden große Schwierigkeiten aufgezeigt. [...] In der Versorgung der Bevölkerung mit Süßwaren zum Schulanfang kam es in der Verkaufsstelle in Klein-Kussewitz ebenfalls zu erheblichen Schwierigkeiten, die soweit führten, dass die Kreisleitung der SED zur Klärung des Sachverhaltes eingeschaltet wurde. Unverständnis besteht bei unseren Freunden auch darüber, wenn zur Eröffnung der IGA berichtet wird, dass eine Gemüseproduktion von bisher 38.300 Tonnen über den Plan erreicht wurde und in den Verkaufsstellen des Landkreises Rostock davon nichts zu spüren ist. Es häufen sich mehr und mehr Klagen über die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs. So erhalten die Mütter von Kleinkindern in Thulendorf

und Steinfeld letztmalig am Freitag frische Milch und dann erst wieder am Montag. Dieser Zustand ist zumindest in den Sommermonaten nicht vertretbar. Auch die Versorgung mit Schwarzbrot ist in diesen Verkaufsstellen nicht in ausreichender Menge gesichert. Diese Fragen wurden durch unsere Unionsfreunde in einer Sitzung der Gemeindevertretung in Thulendorf angesprochen, führten jedoch zu keiner Veränderung. [...]

Quelle: ACDP III-043-033/5.

Dokument 22: Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Parteiorgane. Berlin, 10. Oktober 1989. Vertraulich! Zur Meinungsbildung der Mitglieder der CDU in der gegenwärtigen Situation

Alle Bezirks- und Kreisvorstände haben anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR Beratungen durchgeführt. Dabei wurden zunächst die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen der Mitglieder unserer Partei herausgestellt und gewürdigt. In den von hohem politischen Verantwortungsbewusstsein und großem persönlichen Engagement bestimmten Aussprachen identifizierten sich viele unserer Vorstandsmitglieder erneut mit den Grundwerten und Vorzügen des Sozialismus. Sie wandten sich entschieden gegen die antisozialistische Kampagne unterschiedlicher politischer Kräfte der BRD gegenüber der DDR. Zusammen mit der Diskussion aktueller politischer Fragen geht es unseren Freunden zunehmend um Probleme, die die weitere Arbeit unserer Partei in den 90er Jahren in der Einheit von Kontinuität und Erneuerung betreffen. Wesentliche Elemente des gegenwärtigen Meinungsbildungsprozesses sind:

- Die vom 16. Parteitag der CDU bei den Mitgliedern geweckten Hoffnungen auf einen den Erfordernissen der Zeit angemessenen eigenständigen Beitrag der CDU seien nur unzureichend erfüllt worden. Es wird kritisiert, dass die CDU auf viele Fragen der Bevölkerung keine Antworten gibt. Das macht eine Reihe von Mitgliedern unzufrieden. Die Austritte nehmen zu. Selbst Freunde, die jahrelang aktiv und ergebnisreich in den verschiedensten Funktionen unserer Partei mitgearbeitet haben, erklären ihren Austritt. Sie sagen, die CDU verliere an politischer und moralischer Glaubwürdigkeit.
- Der „Brief aus Weimar“ stehe nicht im Widerspruch zu der in der Satzung verankerten innerparteilichen Demokratie, wie in der „Neuen Zeit“ dargestellt. Er enthalte vielmehr eine Reihe Gedanken, die unsere Mitglieder seit langem bewegen und auf die das Sekretariat des Hauptvorstandes in Berichten immer wieder aufmerksam gemacht worden sei. Es könne nicht hingegenommen werden, dass den Mitgliedern dieser Brief vorenthalten werde. Es sei kein Brief gegen die CDU. Er könne vielmehr unserer Partei helfen, den Erwartungen der Mitglieder zu entsprechen. Absicht der Ver-

- fasser sei es doch wohl gewesen, Kirchen aus einer politischen Stellvertreterrolle herauszuführen und nachzuweisen, dass die CDU bzw. ihre Mitglieder offen für kritische Hinweise seien und bessere Lösungen für so manches Gebiet anstreben. Das Vorgehen der Unterzeichner dagegen, nicht das Gespräch mit der Parteiführung abzuwarten, sondern sogleich in die internationale Öffentlichkeit zu gehen, wurde von vielen Freunden abgelehnt. Es gab aber auch Stimmen, die besagen, dass das offensichtlich die einzige Möglichkeit gewesen sei, um sich in einer breiten Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Ähnlich wird auch das Auftreten von Winfried Wolk, Mitglied des Hauptvorstandes, in Medien der BRD gewertet.
- Die bisherige Argumentation, wie sie in den Tagungen des Hauptvorstandes erarbeitet wurde, reichen einem großen Teil unserer Freunde nicht mehr aus. Sie erwarten die stärkere Herausarbeitung eines eigenständigen Standpunktes der CDU im Sinne von einem breiteren, auch öffentlich geführten Meinungsaustausch, dem Erörtern von Varianten zur Lösung von Problemen unseres gesellschaftlichen Lebens. Sie sind der Auffassung, dass es nicht angehe, Menschen auszugrenzen, nur weil sie nicht gewillt seien, ein Entscheidungsmonopol der SED hinzunehmen. Im übrigen sei in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach deutlich geworden, dass sich auch eine politisch führende Kraft irren könne.
 - Unsere Freunde erwarten eine realistische Informationspolitik unserer Medien. Sie sind der Meinung, dass Kritik und Selbstkritik, wenn sie sachkundig und konstruktiv angelegt sind, uns noch nie geschadet, sondern vorangebracht haben. So wird gefragt, warum es von unserer Parteiführung in der gegenwärtigen Situation in der „Neuen Zeit“ keine Stellungnahmen zu den die Mitglieder bewegenden Problemen gibt. Immer wieder wird auf die besondere Rolle und Verantwortung der CDU-Presse verwiesen, auf ihre Verpflichtung zur Wahrheit und Offenheit im Umgang mit unseren Freunden. Das sei letztlich eine wichtige Seite des Vertrauens zwischen Mitgliedschaft und Parteiführung.
 - Gefordert wird die Anerkennung der Mündigkeit der Bürger der DDR, die Beseitigung aller Formen der Bevormundung und Manipulierung der öffentlichen Meinung. Viele Unionsfreunde und parteilose Christen sehen eine gewichtige Ursache für das legale oder illegale Verlassen der Republik, besonders von jungen Menschen, im fehlenden Meinungsstreit zwischen den Regierenden und der Bevölkerung über drängende gesellschaftliche Probleme. Es gebe bei uns keine Kultur des Meinungsstreits. Die sich verschärfenden Töne in unseren Medien hätten nicht zur Klarheit in den Köpfen, sondern eher zur Ablehnung unserer Staatspolitik bei einer ganzen Reihe von Bürgern beigetragen. Wenn die allgemein missbilligte Abwanderung von DDR-Bürgern in die BRD nur als Ausdruck von mangelnder Urteilsfähigkeit dieser Bürger oder der Verführungskraft westlicher Me-

dien dargestellt werde, so stimme dies nicht. Es müssten auch kritische Fragen an Elternhaus, Schule, Jugendverband und die bisherigen Arbeitskollektive gerichtet werden. [...]

Quelle: ACDP VII-010-3529.

Dokument 23: *Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Abteilung Parteiorgane. Berlin, 25. Oktober 1989. Vorschläge aus Briefen von Unionsfreunden und Ortsgruppen sowie Informationsberichten von Vorständen der CDU (2. Teil)*

[...] Wir sollten als CDU unsere Eigenständigkeit auf gesellschaftlichem Gebiet konkreter beweisen, ohne dabei die Grundlagen einer offensiven Bündnispolitik zu untergraben. Ich meine schon, dass es die Unfehlbarkeit einer Partei nicht gibt und noch nie gegeben hat und Probleme nur durch starkes Bündnis zu bewältigen sind, indem die einzelnen Parteien einen gleichberechtigten Status haben.

Joachim Dirschka, Mitglied des HV, Leipzig

[...] Worin besteht eigentlich der eigenständige Beitrag der CDU in der gegenwärtigen Situation? Worin besteht eigentlich der Unterschied zwischen der CDU und der SED im Beitrag zur Lösung der aktuellen Probleme? Warum hat die LDPD den Mut zum öffentlichen Bekenntnis zu den in der Vergangenheit gemachten Fehlern und die CDU nicht?

Mitglieder der CDU-OG Reinstädt, KV Jena-Land

[...] Deshalb fordern wir aktuell von der Leitung unserer Partei: eine klare Einstellung mit einer eigenen und nicht einer gepachteten Meinung zu beziehen. Dass die CDU aus ihrer Alibifunktion heraustritt, alles tut, damit sich Menschen auch in unserer Partei mündig fühlen und das Vater-Kind-Verhältnis (Staat-Bürger) aufgehoben wird.

CDU-OG Eichholz-Dröbzig, KV Finsterwalde

[...] Warum hat sich die CDU nicht konsequent gegen von Staat und SED unterstützte inhumane Aufrufe in unseren Massenmedien gewandt? Warum hat der Hauptvorstand nicht den Mut, sich zur Massenflucht aus unserer Republik und deren Ursachenermittlung zu äußern oder sich dagegen zu verwehren, dass Andersdenkende generell als Konterrevolutionäre und Rowdys bezeichnet wurden? Warum hat unser Parteivorsitzender sich nicht an seine Unionsfreunde gewandt? Hat er zu all dem nichts Entscheidendes zu sagen? Wartet er auch hier wieder die Richtungsvorgabe durch die SED ab?

CDU-OG Eilenburg

Quelle: ACDP VII-010-3529.